

# **Zukunftsforum Politik**

Broschürenreihe  
herausgegeben von der  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 59

Christine Lieberknecht, Thomas Rachel, Stephan Reimers u. a.

## **Christ sein in der Politik Hermann Ehlers heute – anlässlich seines 100. Geburtstages**

Sankt Augustin, Juni 2004

ISBN 3-937731-13-X

Redaktionelle Betreuung: Dr. J. Christian Koecke, Anita Schreiner

---

### **Download-Publikation**

Der Text dieser Datei ist identisch mit der Druckversion der Veröffentlichung. Die Titelseite der Printausgabe beträgt 4 Seiten und wurde in der digitalen Version auf einer Seite zusammengefasst.

# Inhalt

„Wir müssen unsere Geschichte ohne Ressentiment nach rückwärts und nach vorwärts gestalten“ Hermann Ehlers und die historischen Fundamente politischen Handelns	7
<i>Christine Lieberknecht</i>	
Hermann Ehlers' Beitrag zur politischen Rolle des Protestantismus in Deutschland	21
<i>Thomas Rachel</i>	
Hermann Ehlers als Mann der Kirche	35
<i>Stephan Reimers</i>	
Hermann Ehlers. „Ein Stück deutscher Zukunft“	51
<i>Andreas Meier</i>	
Hermann Ehlers und die Ökumene	69
<i>Julia Klöckner</i>	
Die Autorinnen/Die Autoren	75

# **„Wir müssen unsere Geschichte ohne Ressentiment nach rückwärts und nach vorwärts gestalten“**

## **Hermann Ehlers und die historischen Fundamente politischen Handelns**

*Christine Lieberknecht*

Erinnerungen an die Proklamation des Kaiserreichs am 18. Januar 1871 gehören nicht zum Repertoire staatlichen Gedenkens, und ein Parlamentspräsident, der sich an einem entsprechenden Hinweis versuchte, würde erhebliche Irritationen und einen heute kaum zu befriedigenden Erklärungsbedarf auslösen. Das war in der 112. Sitzung des 1. Deutschen Bundestags am 18. Januar 1951 nicht vollends, aber doch etwas anders. Ausdrücklich erinnerte Bundestagspräsident Hermann Ehlers zu Beginn der Sitzung an den 80. Jahrestag der Reichsgründung, um dieses „bedeutsamen Ereignisses unserer Geschichte in Achtung (zu) gedenken“. Das Protokoll vermerkt: „Lebhafter Beifall in der Mitte und rechts – Zurufe links.“

Das geteilte Echo wird er vorausgesehen und deshalb gleich gesagt haben, wie er den Hinweis meinte: Es gehe nicht darum, „eine historische Erinnerung mit einer gegenwärtigen politischen Zielsetzung zu versehen“, das Ereignis in einer „unechten Weise zu glorifizieren“. Ehlers weiter: „Was uns mit dieser Zeit vor 80 Jahren verbindet, ist der Wille, mit den Mitteln und Möglichkeiten der Zeit der Einheit, Freiheit und Unabhängigkeit des deutschen Volkes zu dienen. Was uns unterscheidet, ist die Erkenntnis, dass uns heute geboten ist, unseren Weg im Willen zum Frieden und zur wachsenden Gemeinschaft der freien europäischen

Völker zu gehen.“ Schließlich wies der Bundestagspräsident darauf hin, dass der Abstand zu dem Ereignis davor bewahre, „an die damaligen Ereignisse die Maßstäbe unseres Erlebens und Erleidens anzulegen“.

Die kurze Rede aus diesem Anlass war typisch für Hermann Ehlers, den der Historiker Karl Dietrich Erdmann nicht ohne Grund einen „der markantesten politischen Erzieher, den die deutsche Geschichte kennt“, genannt hat. Typisch in doppelter Hinsicht. Zum einen dadurch, dass es ihm überhaupt wichtig war, historische Daten aufzugreifen und meinungsfreudig zu werten; zum anderen darin, sie in einer wohl dosierten und kritisch reflektierten Weise identifizationsfähig zu halten. Politische Erziehung war für Ehlers zu einem wesentlichen Teil historische Bildung, und in zahlreichen Reden und „Sonntagsspiegeln“ für das Oldenburger Sonntagsblatt hat er geschichtliche Stoffe behandelt. Der Weg in die Zukunft war für Ehlers ohne historische Rückversicherung nicht denkbar. „Wir müssen unsere Geschichte ohne Ressentiment nach rückwärts und nach vorwärts gestalten“, beschrieb er sein – wie man heute sagen würde – geschichtspolitisches Credo.

Warum legte Ehlers so viel Wert auf geschichtliche Vergewisserung? Mit großer Sicherheit hätte er schon eine derartige Frage für völlig absurd gehalten. Kaum ein Thema behandelte der Politiker und umtriebige Publizist, ohne einen Blick zurück zu werfen. Es war für ihn eine pure Selbstverständlichkeit, dass „jedes Volk, das Anspruch auf diesen Namen erhebt“ sich „seiner kulturellen Überlieferung und ihrer Zeugnisse“ mit Dankbarkeit erinnert. Wer seinen reichen schriftlichen Nachlass sichtet, trifft auf immer weitere Argumente. So war für ihn der Aufbau einer übernationalen Ordnung ohne nationale Selbstvergewisserung nicht möglich, die Bundesrepublik hatte als deutscher Kernstaat ohne historische Wurzeln und nationale Ziele weder Legitimation noch Zukunft. Nation, Volk und Vaterland sollten nicht zur Beute der

Extremisten werden, aus den Erfahrungen mit der gescheiterten Weimarer Republik und dem Dritten Reich galt es für die Zukunft zu lernen.

Schließlich sah er in gefestigten Traditionen – wie er sie etwa in der Kirche, im Adel, im Soldatentum und der Arbeiterbewegung sah – ein Moment des Widerstands gegen den Totalitarismus. Hitler habe nicht ohne Grund von der „verfluchten Tradition“ gesprochen. Wer Traditionen und die Zeugnisse der Überlieferung zerstörte, der hatte nach seiner Überzeugung leichtes Spiel, „auch die anderen Bindungen, die überkommen sind, etwa die des Glaubens, auszuschalten“, wie er Ende 1951 mit Blick auf das durch die SED gesprengte Berliner Stadtschloss bemerkte. Traditionen hatten für ihn ihr eigenes Gewicht und ihr eigenes Recht. Wo Geschichte zum politischen Herrschaftsinstrument und entsprechend zurecht gebogen wurde, sah er den „Teufel unmittelbar am Werk“. „Vaterlandsliebe und das Gefühl für nationale Würde“ hatten für Ehlers nichts mit Nationalismus und Fanatismus zu tun, sondern waren unaufgebbare Fundamente seines politischen Denkens und Handelns.

Um Ehlers Leidenschaft für die Geschichte, den Umgang mit ihr richtig zu verstehen, ist ein kurzer Blick auf seinen Werdegang und die Umstände der ersten Nachkriegsjahre unumgänglich. Der 1904 geborene Hermann Ehlers wuchs als Einzelkind im Haushalt eines kleinen Beamten auf und wurde im konservativen und protestantischen Geist erzogen. Nach dem Abitur entschied er sich für ein Jurastudium, „um dem Vaterland zu dienen“, wie er in einem Lebenslauf zur Reifeprüfung schrieb. Prägend für ihn wurde seine Mitgliedschaft in den Schülerbibelkreisen (BK) und dem Verband Deutscher Studenten (VDSt). „Der nationalbegeisterte jugendbewegte, von der Republik abgewandte Drang des Studenten und Rechtsreferendaren entsprach einer im deutschen Volk verbreiteten Grundstimmung“, wie Andreas Meier in seiner Eh-

lers-Biografie zu Recht bemerkt, seine damalige Position „im Strom der von den Nationalsozialisten ausgebeuteten nationalen Bewegung“ verortend.

Vor dem Verhängnis, Anhänger oder Mitläufer der Hitler-Partei und des nationalsozialistischen Staates zu werden, bewahrte ihn letztlich sein von frühester Jugend an fest verankerter christlicher Glaube. Ganz ohne Frage waren und blieben für ihn Volk und Nation das Bezugssystem, in der der Glaube sich in erster Linie zu bewähren hatte, aber er durchschaute, dass der Nationalsozialismus mit seiner Konstruktion eines völkischen Glaubens weit darüber hinaus ging und eine politische Ersatzreligion war. Diesen weltanschaulichen Anspruch wie die bald einsetzenden Versuche, die Kirchen gleichzuschalten, lehnte er strikt ab und ging konsequent den Weg in die Bekennende Kirche, der er als Jurist in leitender Funktion diente. Die Ausgrenzung der Juden, den Umgang der Nationalsozialisten mit Behinderten und ihre Stellung zum Christentum benannte er als konkrete Konfliktfelder. Die Schuld, die Deutschland auf sich lud, empfand er deutlich, überschritt die Grenze zum aktiven politischen Widerstand aber nicht.

Es ist daher folgerichtig, wenn Ehlers sich nach Kriegsende auf die Basis der Stuttgarter Schulderklärung stellte und nach einem Weg suchte, wie das „was mit uns, durch uns und an uns geschehen ist“ verarbeitet werden konnte. Er wehrte sich wiederholt, wenn Deutschland eine Kollektivschuld vorgeworfen wurde, wandte sich jedoch ebenso entschieden dagegen, darauf mit einer „Kollektivunschuld“ zu reagieren. Die „summarische Freisprechung alles dessen, was deutsch ist“ hielt er für ein großes Übel, dem es zu widerstehen gelte. „Wir tun Deutschland und uns keinen Dienst, wenn wir schneller, als es gemeinhin geschieht, zu vergessen uns bemühen, dass im deutschen Namen Verbrechen, Gewalttaten und Mord aufeinandergehäuft worden sind“ schärfte er seinen Bundesbrüdern im VDSSt ein. Aber das berechtigte aus

seiner Sicht auf der anderen Seite niemanden, aus dem „geistigen und politischen Wirkungskreis“ des Volkes zu emigrieren oder „als Paria unter den Völkern herumzulaufen“, wie er in immer neuen Wendungen ausführte.

Für Ehlers durften Drittes Reich und Nationalsozialismus nicht wie ein unüberwindliches Sperrwerk vor den nationalen Überlieferungen liegen, auf die zu verzichten ihm unmöglich erschien und die er auch nicht nur auf die politische und moralisch beispiellose Katastrophe des Hitler-Staates hin interpretiert sehen wollte. Dass er sich dabei angesichts der großen begrifflichen Schnittmengen zwischen seinem nationalkonservativen Herkunftsmilieu und dem Nationalsozialismus auf dünnem Eis bewegte, scheint ihm durchaus bewusst gewesen zu sein. So ersparte er seiner Verbindung nicht die kritische Frage – und er schloss sich dabei nicht aus – „ob nicht in unserer Geschichte irgendwo ein Rinnsal ist, das in einem großen Strom hineingemündet ist und mit ihm zu dem geführt hat, was geschehen ist“. Einerseits schien es ihm falsch, sich prägende Begriffe „dadurch verekeln zu lassen, dass Hitler sie missbraucht hat“, andererseits sei dafür zu sorgen, „dass wir nicht durch den Gebrauch solcher Vokabeln berechtigterweise in den Verdacht kommen, in den geistigen Bereichen der Hitlerzeit stecken geblieben zu sein“.

Wesentliche Teile der Publizistik des CDU-Politikers sind dem Versuch gewidmet, diesen Drahtseilakt zu vollziehen, ohne nach der einen oder anderen Seite abzustürzen. Nach dem Urteil herausragender Zeitgenossen ist ihm dies gelungen. Carlo Schmid, der sozialdemokratische Vizepräsident des Bundestages, würdigte in seinem Nachruf 1954 aus der Perspektive des parteipolitischen Gegners den mit der Demokratie versöhnten Konservatismus Ehlers. Heuss erwähnte das „als sittliche Bindung verstandene Preußentum“ und wies auf das gerade im Nachkriegsdeutschland schwierige Verhältnis zwischen Tradition und politischem Tages-

geschäft hin: „Er holte sich wohl aus den Vergangenheiten (!) Kräfte der Gesinnung, aber nicht die Maßstäbe der Entscheidungen, die dem Morgen gelten“, so Heuss.

Der Bundespräsident hatte ein feines Gespür für die beharrlichen Versuche des Bundestagspräsidenten, der jungen und hinsichtlich ihrer nationalen Legitimität nicht unbestrittenen Bundesrepublik aus der geschichtlichen Überlieferung historische Tiefe zu verleihen, Traditionen fruchtbar zu machen, sich durch sie aber auch nicht beherrschen zu lassen. Ehlers legte, ganz im Sinne Leopold von Ranke, größten Wert darauf „die Ereignisse und Gedanken der Vergangenheit aus deren Zeit und ihren Gegebenheiten zu beurteilen“, denn „die Konstruktion von politischen Linien, die zur Verwerfung politischer Entscheidungen eines Volkes vor Jahrhunderten führen“, hielt er – in der ihm eigenen Deutlichkeit – für „geschichtslos und dumm“.

Jede Zeit hatte für ihn ihre eigenen Aufgaben und Möglichkeiten, auch wenn sich die einzelnen Epochen für ihn zu einer Erzählung eher des Volkes als der Nation fügten. Heuss verwandte in seinem Nekrolog nicht ohne Grund den Plural „Vergangenheiten“, denn der Bundestagspräsident griff von der Reformationgeschichte bis hin in die seinerzeit jüngste Zeitgeschichte zahlreiche Themen auf und warf den Schulen vor, die weltgeschichtlichen Zusammenhänge viel zu wenig zu berücksichtigen. Zwei Fixpunkte freilich bestimmten den Deutungshorizont Ehlers unhinterfragt quer durch alle „Vergangenheiten“: die aus dem christlichen Glauben abgeleiteten Maßstäbe und – in dieser Reihenfolge – das Volk als entscheidendem Bezugspunkt politischen Handelns. „Dass jemand sowohl im Glauben wie im Volk ganz stehen muss, wenn er seine Aufgabe in dieser Welt erfüllen will“, war dem Bundestagspräsidenten überzeitlicher Grundsatz.

Vor diesem Hintergrund suchte Ehlers geradezu die Auseinandersetzung zu politisch strittigen Themen. Zu den Traditionsbestän-



den, die er aus dem Strudel einer allzu eilfertigen Vergangenheitsbewältigung zu retten suchte, gehörte das Preußentum, das er keineswegs als Vorläufer sondern in einem wesentlichen Gegensatz zum Nationalsozialismus sah – selbst wenn er meinte, dass auch an die preußische Geschichte angesichts mancher Einseitigkeiten kritische Maßstäbe anzulegen seien. Er verwies etwa auf die religiöse Toleranz, die Bedeutung des Freiherrn vom Stein für Selbstverwaltung und Demokratie oder einzelne Wurzeln des Widerstands im Preußentum. Über „Wesen und Wirken eines Reichslandes Preußen“ hatte er bei Carl Schmitt seine Dissertation verfasst, und die Frage, ob Preußen als Staat einmal wieder entstehen könne, wollte er offen halten; selbst in Diskussionen über die Neugliederung des Bundesgebiets! In Sachen deutsche Einheit setzte er der jungen Bundesrepublik das aufgelöste Preußen zum Vorbild. So wie im 19. Jahrhundert die Einheit praktisch nur über Preußen habe hergestellt werden könne, lag die gesamtdeutsche Verantwortung nun auf dem westdeutschen Kernstaat.

Das lichte Preußenbild färbte auch auf die Bewertung des Kaiserreichs und seine „auch nicht völlig undemokratischen Formen“ ab, das durchaus nicht so wenig schöpferisch und bürgerlich saturiert gewesen sei, wie es häufig dargestellt werde. Nicht nur Ehlers schaute zumindest voller Wehmut auf die vier Jahrzehnte Frieden nach der Reichseinigung und das Werk Bismarcks zurück. Es verwundert deshalb auch kaum, wenn er sich wiederholt energisch mit der in der Nachkriegszeit verbreiteten These auseinander setzte, der zufolge sich eine Linie des Unheils von Martin Luther, über Friedrich den Großen und Bismarck bis zu Hitler ausziehen lasse. „Die Deutschen sind auf diese Beweisführung mehr eingegangen, als sie es um ihrer Würde und um der Wahrfähigkeit willen hätten tun sollen“ befand Ehlers.

Den Ersten Weltkrieg fasste er als die Urkatastrophe des Jahrhunderts auf, der schlussendlich in den Ost-West-Konflikt und die

Dominanz Moskaus und Washingtons mündete und „unser Leben in unheimlicher Weise“ beeinflusse. Im Versailler Vertrag sah er vor allem die Dummheit der Weltkriegssieger, die damit die Demokratie der Weimarer Republik nicht gefördert hätten. Auf dieser Erklärung ruhte er sich jedoch nicht aus, sondern meinte, dass die sogenannte „Dolchstoßlegende“ die junge Demokratie ebenfalls beeinträchtigt und „eine gefährliche und falsche Glorifizierung der jüngeren und älteren Vergangenheit“ befördert hatte. Wiederholt verwies er auf den unerwarteten und auch deshalb nicht genutzten Übergang in die Demokratie. Dass er sich und seinem Studentenbund hier gerade angesichts der nach dem Zweiten Weltkrieg ungleich schlechteren Startbedingungen Versagen ankreidete, ist bereits deutlich geworden.

Seine Wahrnehmung des Dritten Reiches war mehr noch als die der Weimarer Republik durch eigenes Erleben geprägt. Wenn er „die im Anfang verständliche, im Ergebnis falsche Vorstellung ..., dass vieles, was 50 Jahre lang Zielsetzung des VDSSt war, im Staate Hitlers seine Realisierung finden könnte“, schonungslos benannte, bekannte er damit noch einmal ausdrücklich die geistige Wehrlosigkeit vieler Altersgenossen gegenüber dem heraufziehenden Nationalsozialismus. Der Strohalm, an dem er sich festklammerte, war der deutsche Widerstand. Der 20. Juli 1944 war in seiner Perspektive „die Entladung einer jahrelang gewachsenen Not und Verzweiflung von Menschen aus allen Ständen unseres Volkes“. Seine Äußerungen aus jenen Jahren selbst und zur Vergangenheitsbewältigung selbst illustrieren hinreichend, wie er das Erlebte wertete.

Die Suche nach den Ursachen für das Versagen des deutschen Volkes vor der totalitären nationalsozialistischen Herausforderung führte Hermann Ehlers immer wieder in die Bezirke der politischen Ideengeschichte. Es überrascht nicht, dass seine christlichen Überzeugungen gerade hier besonders zum Tragen kamen. Das

politische Ideal hat der bekennende Konservative 1953 so formuliert: „Konservativ handeln wäre dann nichts anderes, als von einem festen Fundament des Glaubens aus das für den Menschen und den Staat Notwendige und Mögliche tun in der Achtung des Staates als einer von Gott uns gegebenen Ordnung und in der Verantwortung für den Mitbürger als den Nächsten, den Gott uns gesetzt hat.“ Und an diesem anspruchsvollen Maßstab maß er auch die Tauglichkeit der großen weltanschaulichen Entwürfe.

Dass Ehlers den Marxismus bzw. Sozialismus und Nationalismus als politische Optionen ausschied, ist nicht weiter überraschend. Bemerkenswerter ist seine schroffe Haltung gegenüber dem aus der französischen Revolution hervorgegangenen politischen Liberalismus. Ein gerader Weg führe „von Freiheits- und Vernunftparolen der französischen Revolution zur Staatsform Hitlers und Stalins“ befand er. In seiner Wahrnehmung hatte der Liberalismus zwar die Bürgerrechte gesichert, aber zugleich „die einzige Fundierung dieser Rechte im gottgeschaffenen Wesen des Menschen aus dem Bewusstsein der Menschen und Staaten“ getilgt. Auch der Konservatismus war ihm nur dann eine Option, wenn er sich „von Restauration und Reaktion“ täglich neu abgrenzte und an der Rangordnung „Gott-Mensch-Dinge“ festhalte; was er in historischer Perspektive versäumt hatte. Insgesamt suchte er jedoch nach etwas Neuem. „Es ist nichts mehr mit den alten Fronten!“, bemerkte er mit dem Blick auf vergangene Weltanschauungskämpfe.

Eigene Akzente setzte der Bundestagspräsident in den Debatten um das werdende Europa. Vielfalt in Einheit war das leitende Motiv. Die Gemeinschaft sollte aus der Zusammenarbeit national, aber nicht nationalistisch denkender Völker erwachsen. In dem durch den Nationalismus des 19. und 20. Jahrhunderts zerrissene Europa galt es, die „wesentlich im Kulturellen und Geistigen liegenden Restbestände wieder ins Bewusstsein der europäischen

Menschen zu rücken. Wir würden unserer Berufung untreu, wenn wir nicht das christliche Fundament dieses Europa als den wichtigsten und dauerhaftesten Baustein ansehen würden“, so Ehlers vor dem CDU Bundesparteitag 1953. Auf dieser Basis in die damals gängige Rede vom „christlichen Abendland“ einzustimmen, war ihm nicht möglich. Diesem Begriff stand er skeptisch gegenüber, weil er seines Erachtens falsche und zu enge Vorstellungen hervorrief, in denen die Fülle der europäischen Geistesgeschichte und insbesondere deren protestantischer Anteil zu kurz kam. Selbst wenn er versuchte, den Begriff entsprechend auszufüllen, blieb er eher skeptisch.

Während Ehlers hier also Zurückhaltung übte, führte er bei anderer Gelegenheit einen ebenfalls erklärungsbedürftigen Terminus in die europäische Diskussion ein; den in der Tradition des Alten Reiches wurzelnden Reichsgedanken. Selbstverständlich war ihm klar, dass dieses Wort zu unterschiedlichen Zeiten sehr Unterschiedliches bedeutet hatte, „Missverständnisse und Verzeichnungen zurückzuweisen“ waren und nicht vergangene Zeiten beschworen werden durften. Was ihn daran reizte, war der übernationale Gehalt, der sich für ihn positiv „von der Enge des Nationalstaats“ abhob und die mit dem Reichsgedanken verknüpfte, freilich grausam pervertierte Friedensidee. Mobilisieren wollte er diesen alten Begriff in einer Phase anhaltender deutscher Teilung, um den deutschen gedankliche Brücken in die Integration eines größeren Europa zu bauen, dem Ringen um die Deutsche Einheit und der Fürsorge für die deutschen Volksgruppen in Ostmittel- und Südosteuropa – sie lagen ihm sehr am Herzen – eine überwölbende Idee zu geben. Er habe dafür „oft genug ein leichtes ironisches Lächeln zu sehen bekommen“, bemerkte er freimütig; aber das schreckte einen Ehlers nicht ab, wenn er meinte, gute Argumente zu haben.

Der heutige Leser steht mit Staunen vor diesem von Ehlers in zahlreichen Aufsätzen und kräftigen Farben ausgemalten historischen Panorama. Unschwer ist zu erkennen, dass die einzelnen Elemente an das bürgerliche, im 19. und frühen 20. Jahrhundert geprägte Geschichtsbild anknüpfen. Sie werden kritisch geprüft, neu interpretiert und aus einer christlichen Perspektive gedeutet, aber nicht verworfen. Das Interesse, die nationalsozialistische Diktatur zu verarbeiten und ernste Konsequenzen aus dieser Erfahrung zu ziehen, sich dadurch aber nicht aus der nationalen Überlieferung vertreiben zu lassen, wird überdeutlich. Selbstverständlich sind und waren schon damals manche Thesen und Interpretationen Ehlers umstritten. Er war ein eminent belesener Politiker mit einem weiten Bildungshorizont, aber kein Historiker und durch 50 weitere Jahre geschichtswissenschaftlicher Forschung sehen wir heute manches schärfer und anders. Doch wäre er mit seinem ausgeprägten Sinn für die Eigenständigkeit historischer Epochen und die zeitliche Bedingtheit politischen Denkens wohl der Letzte, der für sein historisches Verständnis überzeitliche Gültigkeit beanspruchen würde.

Ehlers markantes Profil trug zu seiner Popularität und einer steilen Karriere bei. Im Oktober 1952 wurde er mit gleicher Stimmenzahl wie Adenauer zu einem der stellvertretenden Bundesvorsitzenden der CDU gewählt. Im Herbst 1953 wurde er mit 466 von 500 Stimmen zum zweiten Mal Bundestagspräsident. Und als schließlich der Tod sein Wirken am 29. Oktober 1954 jäh beendete, war es nicht alleine Bundespräsident Heuss der meinte, „hier wurde dem Vaterland eine Kraft geraubt, die berufen war, die sich berufen wusste, mit ein Baumeister der deutschen Zukunft zu werden“. Er war, wie Hans Baumgart bereits 1952 in der FAZ schrieb, „der anerkannte junge Mann“ der CDU. Auf andere Weise als Adenauer half er, in der protestantisch-preußischen Tradition wurzelnd, die verstörten und desorientierten Menschen mit in die Zukunft zu nehmen. Wahrscheinlich war es gerade in einer

solchen Situation unumgänglich, der Vertreibung aus der eigenen Geschichte entschieden etwas entgegenzusetzen, und das tat Ehlers auf geschickte, zuweilen eigenwillige, aber im Ergebnis offensichtlich überzeugende Weise.

Ist der „Geschichtspolitiker“ Hermann Ehlers damit heute noch von aktuellem Interesse? Sicherlich nicht in dem, was in seiner Weltsicht zeitlich bedingt oder historisch überholt ist. Wohl aber in dem Bemühen, dem politischen Handeln überhaupt eine umfassende historische Dimension zu geben und sie im politischen Vollzug dann auch ernst zu nehmen. Dass sich ohne das Wissen um die Herkunft die Zukunft nicht sinnvoll gestalten lässt, dass politisches Denken nicht von Völkern und Nationen absehen kann, dass Menschen in der Geschichte ihres Landes nach Möglichkeiten der positiven Identifikation suchen und nicht in erster Linie Vergangenheit bewältigen wollen, bleibt über den Tag hinaus richtig. Und es wird wichtiger, je heterogener diese Gesellschaften werden. Integration ist nur möglich, wenn die daran Beteiligten über sich Auskunft geben können. Jede Zeit und jede Gesellschaft muss darauf neue Antworten finden. Beispielhaft ist Ehlers auch im Bestreben, geistige Strömungen und ihren Einfluss auf die geschichtliche Entwicklung nicht zu vernachlässigen und dabei sehr bewusst immer wieder auf den religiösen Faktor hinzuweisen.

Und in anderer Hinsicht könnte Ehlers wieder aktuell werden: Der geistig-geistliche Hintergrund und die Politik bildeten in seiner Person eine auch nach außen gut sichtbare Einheit. Aufmerksame Zeitgenossen konnten nachvollziehen, an welchen Maßstäben und Überzeugungen Hermann Ehlers seine Politik ausrichtete. Das verbürgt zu einem ganz entscheidenden Teil Berechenbarkeit und Verbindlichkeit. Die Menschen wissen, woran sie sind. In einer Zeit, die an Politik vor allem den Dienstleistungscharakter betont, die durch ausgefeilte PR-Strategien und Infotainment geprägt ist,

schwindet dafür der Raum. Liegt es vielleicht daran, dass es den Bürgerinnen und Bürgern immer schwerer fällt zu erkennen, wodurch sich die deutschen Parteien unterscheiden? Die Quellen, aus denen sie sich speisen, scheinen allmählich zu verdunsten. Zu vieles erscheint taktisch motiviert und ist damit in gewisser Weise beliebig. Sich um die von Ehlers verkörperte Einheit grundsätzlicher Überzeugungen, historischer Verwurzelung und politischem Tagesgeschäft wieder mehr zu bemühen, könnte ein willkommener Beitrag zur politischen Kultur unseres Landes sein.





# Hermann Ehlers' Beitrag zur politischen Rolle des Protestantismus in Deutschland

*Thomas Rachel*

Heinrich von Brentano sagte anlässlich der Trauerfeier des Deutschen Bundestages für Hermann Ehlers am 2. November 1954 über den verstorbenen Bundestagspräsidenten und Gründer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) die sehr treffenden Worte:

„Hermann Ehlers war tief verwurzelt in seinem Glauben. Aus dieser Gläubigkeit zog er die Kraft. Er selbst bezeichnete sie einmal als den Motor jedes politischen Handelns. Fest und unbeirrbar war er in seiner tiefen Religiosität, aber niemals stolz und selbstzufrieden. Wer ihn kannte, weiß, dass er getrieben war von der Unruhe eines Menschen, der um die Erkenntnis des Richtigen unermüdlich gerungen hat. Aber er wusste auch, dass die absolute Wahrheit der menschlichen Erkenntnis verschlossen bleibt und sich nur dem gläubigen Menschen zu offenbaren vermag. Und von diesem Glauben her war sein Handeln bestimmt.“<sup>1</sup>

In diesen Worten von Brentanos mag auch für diejenigen Generationen, die den Namen Hermann Ehlers allenfalls noch beiläufig aus den Geschichtsbüchern zur Kenntnis genommen haben, etwas von der Größe, der Charakteristik und der Bedeutsamkeit dieses großen protestantischen Politikers der Bundesrepublik Deutschland deutlich werden, der am 29. Oktober 1954 plötzlich und viel zu früh verstorben ist.

Über alle Partei- und Konfessionsgrenzen seiner Zeit hinweg genoss Ehlers höchste Achtung und Respekt, auch bei denen, die aus theologischen oder politischen Gründen seinen Weg nicht mitzugehen bereit waren. Dies mag neben den herausragenden

---

<sup>1</sup> Der Deutsche Bundestag (Hg.), Hermann Ehlers – Präsident des Deutschen Bundestages – Zum Gedächtnis, Bonn 1954, S. 31.

intellektuellen Eigenschaften von Ehlers, neben seiner enormen Physis und seiner erstaunlichen Leistungskraft wohl vor allem in seiner persönlichen Integrität und Charakterfestigkeit als Mensch und Persönlichkeit des öffentlichen Lebens begründet liegen. Ehlers repräsentiert aber diesbezüglich nicht nur den Typus einer in Deutschland längst vergangenen Politikergeneration, für die die Werte wie Aufrichtigkeit, Bekenntnismut und Glaubwürdigkeit noch höchste Priorität besaßen, sondern er könnte geradezu als eine äußerst treffliche, historisch unverwechselbare Personifizierung dieser Werte im politischen Raum betrachtet und verstanden werden.

Ehlers eigenes vorbildhaftes Wirken sowie sein politisches Vermächtnis, das in Form der programmatischen Arbeit des EAK seinen festen und unverzichtbaren Platz in der Union hat, legen ein inspirierendes Zeugnis ab von der auch für uns heute so wichtigen und notwendigen Verbindung von Glaube und Politik. Ehlers lebendiger Schatten reicht bis in unsere Gegenwart. Und dieses Jahr, in dem wir als Christdemokraten seines 100. Geburts- und 50. Todestages gedenken, wollen insbesondere wir als Protestanten in der Politik zum Anlass nehmen, uns auf unseren Beitrag zur aktuellen politischen Kultur in unserem Land neu zu besinnen und uns im Sinne unserer evangelischen Verantwortung in die Debatten und Diskussionen tatkräftig und gewissenhaft einzubringen.

Doch worin besteht nun der spezifische Beitrag von Hermann Ehlers zur politischen Rolle des Protestantismus in der Bundesrepublik Deutschland genau?

Um diese Frage zu beantworten, werden wir in einem ersten Abschnitt das historisch spannungsvolle und allzu oft leider auch konflikträchtige Verhältnis von evangelischer Kirche und moderner parlamentarischer Demokratie in Erinnerung zu rufen haben. Leben und politisches Wirken des Protestanten Ehlers selbst

sind hier ja bekanntermaßen beispielhaft, denn die Wandlungen in seiner eigenen Biografie können auch als Ausdruck seines neu gewonnenen Verständnisses vom politischen Mandat in der Demokratie nach 1945 gewertet werden.<sup>2</sup> Das Verhältnis von politischem und geistlichem Mandat wird in einem zweiten Schritt in Gestalt der so genannten „Zwei-Reiche-Lehre“ sowie dem Hauptartikel des evangelischen Bekenntnisses, nämlich der Rechtfertigungslehre Luthers, auch theologisch kurz zu beleuchten sein. Die abschließenden Bemerkungen wollen die entscheidenden Impulse, die von Hermann Ehlers für die protestantisch-politische Kultur ausgegangen sind, im Hinblick auf die gegenwärtigen politischen Herausforderungen würdigen.

## **Evangelische Kirche und parlamentarische Demokratie**

Das größte Verdienst von Hermann Ehlers bestand wohl in seinem steten Einsatz für die Gewinnung der Protestanten für die aktive politische Mitarbeit. In der Einbindung der Protestanten in die nach dem Zweiten Weltkrieg neu gegründete Union hat diese Bemühung vor allem in der Gründung des Evangelischen Arbeitskreises im Jahre 1952 in Siegen aber auch bei der äußerst erfolgreichen zweiten Bundestagswahl des Jahres 1953 seinen Niederschlag gefunden. Insbesondere Konrad Adenauer würdigte damals ausdrücklich die Bedeutung des Anteils protestantischer Christen am Wahlerfolg der Union, die sich somit – nicht zuletzt eben durch Ehlers eifriges Betreiben – als tragfähiges Bündnis interkonfessioneller politischer Zusammenarbeit bewährt hatte.

---

<sup>2</sup> Ich verweise hier auf das nach wie vor lesenswerte Buch von Weert Börner, Hermann Ehlers und der Aufbau einer parlamentarischen Demokratie in Deutschland, Bonn 1967.

Man kann die diesbezügliche Bedeutung des Wirkens von Ehlers nur dann in vollem Umfange ermessen, wenn man sich vor Augen führt, wie umstritten die Programmatik einer neuen Partei mit dem „C“ in ihrem Namen insbesondere unter Protestanten gewesen ist. Hermann Ehlers hat diese Kritik einmal folgendermaßen aufgegriffen:

„Die politischen Gegner jeder Art laufen gegen diesen Namen Sturm mit der Behauptung, die CDU wolle für sich selbst ein Monopol des Christlichen in Anspruch nehmen und spreche anderen das Christsein ab. In neuerer Zeit wird das schon früher bewährte Wort Klerikalisierung in die Debatte geworfen, und diejenigen, denen aus der Hitlerzeit die ‚Entkonfessionalisierung der Politik‘ noch wohlgefällig im Ohre klingt, benutzen gerne das Wort von der Konfessionalisierung der Politik.

Die immer besonders grundsätzliche und gründliche evangelische Theologie hat sich dieser Frage mit großer Akkuratess angenommen und jenseits und diesseits des Rheins wird sehr viel Mühe darauf verwandt, immer wieder zu beweisen und zu betonen, dass es weder eine christliche Politik noch eine christliche Partei geben könne.

Es scheint mir in diesem ganzen Wirbel notwendig zu sein, einmal sehr schlicht darauf hinzuweisen, dass wir uns bei der Gründung der Partei im Jahre 1945 über diesen ganzen Wust von Ideen und theologischen Lehren nicht die geringsten Gedanken gemacht haben. Selbst die überzeugtesten katholischen Anhänger einer Naturrechtslehre haben das sicher nicht getan, sondern alle haben instinktiv eine Folgerung aus einem bis zum Sterben des Volkes ausgekosteten Erlebnis gezogen.

Sie haben erfahren, dass ein Volk, das in seinem ganzen Leben, in seiner Kultur- und Sozialpolitik, in seiner Wirtschaftspolitik, in seiner Innen- und Außenpolitik darauf ausgerichtet wird, Gott zu vergessen, ihn von seinem Thron zu stoßen und auf diesen Thron einen lebendigen Menschen oder eine Ideologie zu setzen, untergeht. So brutal, aber auch so einfach war es.“<sup>3</sup>

Gerade Weggenossen von Ehlers aus der Zeit der Bekennenden Kirche, wie beispielsweise Martin Niemöller oder der reformierte Theologe Karl Barth, standen sowohl dem Gedanken als auch der

---

<sup>3</sup> H. Ehlers, Die Mitte, in: Zeitwende – die neue Furche, Hamburg 12. Dezember 1954, XXV. Jahrgang, S. 805.

konkreten Politik der christdemokratischen Partei skeptisch bzw. ablehnend gegenüber.

Während also der eine Teil des Protestantismus aus dem „*Chaos von Schuld und Schande*“, in das die „*Vergottung eines verbrecherischen Abenteuers*“ Deutschland gestürzt hatte, sich eine neue Ordnung in demokratischer Freiheit nur unter den Vorzeichen einer Rückbesinnung auf die „*kulturgestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums*“ (vgl. Gründungsaufwurf der CDU vom 26. Juni 1945<sup>4</sup>) vorstellen konnte, meinte der andere Teil – traditioneller protestantisch-politischer Zurückhaltung gemäß –, aufgrund derselben Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus heraus die klare Trennung von Glaube und jeglicher Politik betonen zu müssen.

Ehlers, der ja selbst profunde theologische Kenntnisse besaß, hatte vor allem für manch akademisch-theologische Kritik wenig Verständnis. Als Lutheraner wusste er, dass es keine „christliche Politik“ im Vollsinn des Wortes geben könne, und war sich der notwendigen Scheidung von geistlichem und weltlichem Regiment wohl bewusst. Er wusste aber auch, und das wurde er nicht müde gerade bei seinen Konfessionsgeschwistern immer wieder anzumahnen, dass es insbesondere der evangelischen Christenheit in ihrer wechselvollen Geschichte bis dato nicht wirklich gelungen war, einen positiven und eigenständigen politischen Beitrag für die parlamentarische Demokratie beizusteuern. Demgegenüber war der traditionell geschlossen auftretende römische Katholizismus in Deutschland spätestens seit der Zeit des Kulturkampfes unter Bismarck in weitaus größerem Ausmaße für die politischen Herausforderungen in einem Parteiensystem sensibilisiert und geschult. Nicht zuletzt die traditionelle protestan-

---

<sup>4</sup> In: Peter Hintze (Hg.), Die CDU Parteiprogramme. Eine Dokumentation der Ziele und Aufgaben, Bonn 1995, S. 3.

tisch-preußische Allianz zwischen Thron und Altar war dafür verantwortlich, dass nach 1918 in der Weimarer Republik das ganze Ausmaß defizitärer parlamentarischer Bewusstseinsbildung und -prägung von evangelischer Seite aus überdeutlich zu Tage trat. Hermann Ehlers selbst ist hier durchaus beispielhaft, da er erst – vermittelt durch die grauenvollen Erfahrungen des völligen politischen Scheiterns in der Zeit des Nationalsozialismus – ein wirklich positives Verständnis zur parlamentarischen Demokratie gefunden hatte.

Es waren für den Protestantismus in Deutschland zum einen der Verlust ehemals selbstverständlicher staatskirchenrechtlicher Privilegierung und die schmerzhaften Erfahrungen aus der Zeit der Bekennenden Kirche, die die Protestanten aus der Sicht von Ehlers und anderen zum Neu- bzw. Umdenken in Bezug auf das politische Engagement nötigte. Zum anderen lag es aber auch an einer sozusagen selbstkonditionierten und notorischen Schwäche eines im Hinblick auf die konkreten politischen Herausforderungen unterbestimmten Verständnisses von politischer Verantwortung, das sich im konkreten ethischen wie gesellschaftspolitischen Bereich oftmals als hinderlich erwies, und das es für ihn zu überwinden galt.

Der regelrechten Abstinenz breiter Teile des Protestantismus – insbesondere im Gegenüber zum politisch aktiven römischen Katholizismus – galt es entschieden entgegenzutreten. Es war Ehlers zuwider, wenn das evangelische Christsein sich im politischen Diskurs auf Protest und Negation zurückzuziehen drohte.

*„Kampfpapieren irgendwelcher Form können nicht überdecken, dass die Substanz nicht vorhanden ist“<sup>5</sup>*, sagte Ehlers einmal sehr schön und forderte damit die evangelischen Christen in Deutsch-

---

<sup>5</sup> D. Dr. Ehlers- Ludwig Metzger- D. Heinrich Bornkamm, Die politische Verantwortung des evangelischen Christen, Lüneburg 1954, S. 3.

land auch bezüglich des politischen Mandats zum substantiellen und engagierten Beitrag und damit zur Wahrnehmung ihrer evangelischen Verantwortung auf. Insbesondere der nicht selten geäußerten Kritik, die Union sei eine verkappte neue „Zentrumspartei“, in der allein die Katholiken das wirkliche Sagen hätten, begegnete er mit dem entschiedenen Aufruf zur protestantischen Mitbeteiligung in der Politik und zur Besinnung auf das protestantische Selbstbewusstsein und Profil. Dieser Aufruf konnte dann, bei aller brennenden Liebe für seine Evangelische Kirche, ganz reformatorisch, auch deutlich selbstkritische Töne annehmen:

„Der evangelische Christ muss lernen, dass er auch und gerade im öffentlichen Leben evangelischer Christ ist. Es muss einmal diese falsche und unrichtige Objektivität, die wir oft vorschieben, überwunden werden. Manche Evangelischen glauben immer, dass sie in dem Augenblick, wo sie ein Amt, wo sie eine Verantwortung im öffentlichen Leben haben, dass sie dann nicht mehr gefordert seien, eine evangelische Verantwortung wahrzunehmen, sondern dass sie wie ein Roboter nur noch objektiv zu handeln hätten.

Nichts gegen die Objektivität in der Politik, aber es ist doch so, dass nur Menschen öffentliche Verantwortung wahrnehmen können, die es mit Blut und Leben tun und die es nicht nur theoretisch irgendwo in Prinzipien auf dem Papier festlegen. (...)

Meine Freunde, wenn ich sage, dass wir möchten, dass der evangelische Christ eine christliche Verantwortung im öffentlichen Leben wahrnimmt, dann wird ihn niemand davon befreien, dass er das in einer eigenen Entscheidung tut, und wir werden und wollen von keiner evangelischen Kanzel hören, man müsse die oder jene Partei deswegen wählen, weil man evangelischer Christ ist.

Aber (...) ich möchte von vielen evangelischen Kanzeln und von vielen evangelischen Pfarrern hören, dass es eine Pflicht ist zu wählen. Dass es eine Pflicht ist, eine persönliche politische Entscheidung zu fällen, und dass man diese Entscheidung als Christ nur dann recht fällen kann, wenn man bereit ist, die politische Gliederung, der man sich anschließt und für die

man stimmt, danach zu fragen, ob sie einem im vollen Umfange die Freiheit gibt, Christ zu sein.“<sup>6</sup>

Diese Worte von Ehlers dokumentieren überdeutlich, dass er unter christdemokratischer Politik gerade keinen christlich-politischen Exklusivitäts- oder Monopolanspruch verstand. Ihm war natürlich bewusst, dass es auch in anderen Parteien glaubwürdige und aufrechte Christen gab. Christdemokratische Politik nach Ehlers gewann aber gerade in dieser ausgesprochenen und dezidierten Forderung Kontur, sich als bekennender Christenmensch immer wieder neu dem Wagnis des politischen Alltagsgeschäftes auszusetzen und sich auf der Grundlage der ureigensten Hoffnung in die konkrete Politik einzubringen, immer im Bewusstsein der eigenen Fehlbarkeit und Sündhaftigkeit, aber auch immer um die Verantwortung für das Wohl des deutschen Volkes wissend.

Wenn es für Ehlers einen politischen Sündenfall par excellence gab, so war dies der politische „Ohne-mich-Standpunkt“ schlechthin bzw. das bloß bequeme und gesinnungsethische Kommentieren von Politik, ohne sich selbst den Zweideutigkeiten und der Fragwürdigkeit dieses zwar entbehnungsreichen aber gleichwohl notwendigen Geschäftes mutig auszusetzen.

## **Geistliches und weltliches Mandat nach evangelischem Verständnis**

Es war bereits die Rede davon, dass sich Ehlers über die notwendige Differenzierung von geistlichem und weltlichem Regiment wohl bewusst war. Auf Luthers so genannte „Zwei-Reiche-Lehre“, die man ja besser als die Lehre von den zwei Regimenten Gottes in der Welt bezeichnen sollte, ist hier nun kurz einzuge-

---

<sup>6</sup> A. a. O., S. 5.



hen. Als besondere Pointe dieser Lehre von den zwei Regimenten darf mit Fug und Recht die Betonung der eigenständigen Bedeutung des Regimentes zur „Linken“ Gottes bezeichnet werden, ohne dass daraus eine völlige Eigengesetzlichkeit des, modern gesprochen: politischen Mandats resultieren würde. Auch das weltliche Regiment ist eine, wenn auch indirekte Wirkweise des göttlichen Heilshandelns in der Welt. Also gerade das, was man der „Zwei-Reiche-Lehre“ insbesondere von reformierter Seite immer wieder zum Vorwurf machen wollte, dass sie nämlich die Politik in theologisch ungebührlicher Weise sich selbst zu überlassen drohte, trifft nicht die ursprüngliche Intention Luthers. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass diese Vorwürfe gegenüber der so genannten „Zwei-Reiche-Lehre“ nicht nur unbegründet sind, sondern dass sie sich im Gegenteil – recht verstanden – geradezu vorzüglich dazu eignet, Geistliches und Weltliches bzw. Kirchliches und Politisches in wohlverstandener Weise aufeinander zu beziehen und ihrem jeweiligen Eigenauftrag gemäß zu differenzieren.

Dieses Stück lutherischer Theologie, das sich nebenbei bemerkt gut mit der ersten und fünften These der Barmer Theologischen Erklärung vereinbaren lässt, ruft uns vor allem in Erinnerung, dass alles politische Wollen und Wirken, soweit es von Menschenhand stammt, bloß begrenzter und vorläufiger Natur ist. Das Regiment zur Rechten ist uns in dieser Weltzeit nur auf Hoffnung hin verheißen, das Regiment zur Linken bietet den vorläufigen Raum für menschliches Handeln, das wir als Menschen – gemäß der Einsicht der lutherischen Rechtfertigungslehre – als Sünder und Gerechtfertigte zugleich zu verwalten haben. Vor diesem Hintergrund leitet sich dann auch der genuin evangelische Zugang zur politischen Frage ab, die auch für Ehlers nie als eine Bekenntnisfrage im engeren Sinne eingestuft wurde.

Ehlers stand deutlich vor Augen: Die große Gefahr für Glaube bzw. Kirche und Welt bzw. Politik besteht immer nur dann, wenn es zur fälschlichen Verwechslung bzw. Vermengung dieser beiden von Gott eingerichteten Regimenter bzw. der aus ihnen sich ergebenden Ämteraufgaben kommt. Auf die rechte Unterscheidung kommt also alles an.

In der Konsequenz dieses Denkens konnte Ehlers in Bezug auf das geistliche Amt betonen:

„Die Kirche hat niemals ein politisches Tagesprogramm zu vertreten, aber sie hat die Herrschaft Gottes über alle Menschen, auch soweit sie im Raum der Politik handeln, zu verkünden. Und dieser Herrschaft Gottes unterstehen auch Staaten und Völker. Die Kirche hat hier als die Hüterin des Gesetzes Gottes ein Wächteramt.“<sup>7</sup>

Und in Bezug auf das politische Mandat konnte er wiederum sagen:

„Und welcher Partei er – der Christ – sich auch anschließen mag, er wird es immer tun müssen in der Bereitschaft (...): Wenn ich einmal vor der Frage stehen sollte, Partei oder Jesus Christus, so müsste ich sagen: Liebe Partei, ade! Ich bleibe bei Christus. Und das gilt für jede Partei, die heute um uns wirbt.“<sup>8</sup>

Ehlers konnte also den wesentlichen Impuls des Glaubens für die Motivation des politischen Geschäfts betonen, aber gleichzeitig auch die Begrenztheit eben dieses politischen Geschäftes im Sinne des Vorläufigen würdigen.

Seiner dezidiert evangelischen Auffassung vom politischen Beitrag des Christenmenschen wohnte ein insgesamt antiideologischer und wohltuend sachlicher Grundzug inne, der die Dinge des Glaubens und die Dinge dieser Welt in einer differenzierten Weise sowohl voneinander unterschied als auch aufeinander bezog. Als frommer Mann lehnte er jeglichen Versuch der direkten

---

<sup>7</sup> Sonntagsspiegel, 5.5.1946.

<sup>8</sup> Ebd.

Übertragung von biblischen Glaubenswahrheiten in die Politik genauso ab wie die Instrumentalisierung von Glaube und Kirche durch die Politik.

## **Gegenwärtige Perspektiven**

In dieser Hinsicht kann Ehlers auch für uns heutige Protestanten in der Politik Wegweisung und Orientierung bieten. In einer Zeit, in der die konfessionellen Gegensätze zum Glück ihren destruktiven Charakter verloren haben, gilt es gleichwohl ihren konstruktiven Charakter im Sinne der versöhnten Verschiedenheit zu bewahren und keinesfalls zu überspielen. Der Protestantismus hat nun einmal einen eigenen und gegenüber dem römischen Katholizismus grundsätzlich unterschiedlichen Zugang zur Frage des Politischen, wie auch übrigens des Ethischen. Politik aus evangelischer Verantwortung, die auch die wichtigen aktuellen ethischen Fragestellungen mit einbeschließt, kann sich auf kein päpstliches Lehramt, keine Sozialenzyklika und keine Naturrechtsidee stützen.

Evangelische Verantwortung in Politik und Gesellschaft gründet zunächst allein in der Erkenntnis der Rechtfertigung des Sünders allein aus Glauben und der damit verbundenen Nichtvertretbarkeit bzw. Nichtdelegierbarkeit der eigenen glaubensverantwortlichen Gewissensentscheidung sowie in der Ablehnung jeglicher starrer Gesetzes- und Prinzipienethik.

Die Kehrseite dieser genuinen evangelischen „Freiheit des Christenmenschen“ ist dann zwar die notorische Schwierigkeit bei der Konsensfindung in Anbetracht der Pluralität der möglichen politischen wie ethischen Antwortversuche. Doch diese Kehrseite gehört zum positiven Grundverständnis menschlicher Freiheit nach protestantischem Verständnis unabdingbar dazu. Der evangelische Christ in der Politik weiß, dass das verantwortliche Ringen

um die besten Antwortversuche nun einmal in den Streit und die Zweideutigkeiten dieser Welt gehört. Er sieht daher auch in dem Versuch, diese Zweideutigkeiten im politischen Geschäft leugnen oder überspringen zu wollen, den theologisch wie politisch letztlich unzulässigen Versuch, weltliches und geistliches Amt miteinander zu verwechseln. Die direkte Berufung auf vermeintliche geistliche Autoritäten für die Alltags- und Gegenwartsfragen, sei es nun der Papst oder ein fundamentalistischer Schriftgebrauch, kann somit für das politische Amt nach evangelischem Verständnis keinen Maßstab bilden. Das ist die Würde und gleichermaßen auch die Bürde der evangelischen Verantwortung in der Politik.

Hermann Ehlers sagte einmal in Abgrenzung des evangelischen vom römisch-katholischen Weg pointiert:

„Wir haben zweifellos (...) keine völlige Übereinstimmung mit unseren katholischen Brüdern. Wir wissen, dass die katholischen Menschen in Deutschland und in der Welt seit jeher andere Methoden, andere Zielsetzungen ihrer öffentlichen Verantwortung haben. Sie haben es wahrscheinlich viel leichter, und mancher von uns mag manchmal mit einem gewissen Neid sehen, wie einfach sie es haben, und wie schlicht sie einfach auf bestimmte Parolen hören und sie befolgen können. So einfach haben wir es nicht. So einfach werden wir es nicht haben, und so einfach wollen wir es auch nicht haben.“<sup>9</sup>

Im Bewusstsein der Schwere, aber auch der Bedeutsamkeit dieser politischen Herausforderung für den protestantischen Christen wollen wir im Geiste von Hermann Ehlers als EAK weiterhin um die Lösung der wichtigen Probleme in unserem Land ringen und uns glaubwürdig einsetzen. Bei aller Vorläufigkeit des politischen Geschäftes werden wir immer die hohe Ernsthaftigkeit und Verantwortung dieses Berufes zu betonen haben, bei allem notwendigen Ernstnehmen desselben werden wir aber immer auch um seine Vorläufigkeit wissen.

---

<sup>9</sup> D. Dr. Ehlers- Ludwig Metzger- D. Heinrich Bornkamm, Die politische Verantwortung des evangelischen Christen, Lüneburg 1954, S. 5.

Das Verhältnis von Glaube und Politik in evangelischer Verantwortung hat Ehlers einmal sehr schön formuliert und dies wird uns eine bleibende Mahnung sein:

„Die Verantwortung, die die Menschen für sich, für ihre Bürger, für die Gemeinschaft des Volkes tragen, muss eine andere sein, wenn sie nicht meinen, dass mit dem Tode alles aus ist, sondern dass ein letztes Gericht und eine letzte Gnade auf sie wartet. Wo es keine große Hoffnung gibt, gibt es auch keine vernünftige Politik.“<sup>10</sup>

---

<sup>10</sup> Hans-Otto Wölber, *Christliche Werte in unserer Zeit*, Schriften der HEA Nr. 10, Hamburg 1980, S. 6.



# Hermann Ehlers als Mann der Kirche

*Stephan Reimers*

## **I. Die Rolle und Bedeutung von Hermann Ehlers für die Evangelische Kirche**

Drei Lebensbereiche der Evangelischen Kirche Deutschlands hat Hermann Ehlers entscheidend mitgeprägt: Jugendarbeit, Diakonie und schließlich Kirchenpolitik. Dabei ist eine Entwicklung und Akzentverschiebung zu beobachten. Spielte naturgemäß in seiner Jugend die Jugendarbeit die größte Rolle, so lag mit Beginn der Nazidiktatur der Schwerpunkt eindeutig auf seinen kirchlich-politischen Tätigkeiten. Besonders nach 1945 forderten die Kriegszerstörungen und das Elend der Flüchtlinge seine diakonische Gestaltungskraft.

Im Folgenden sollen die drei Bereiche und das Engagement Ehlers im Zusammenhang mit seiner Biografie dargestellt werden, um schließlich ein Fazit für seine Bedeutung für die Evangelische Kirche zu ziehen.

### **1 Jugendarbeit**

Hermann Ehlers wurde 1904 in Berlin als Sohn christlicher Eltern geboren. Die christliche Prägung seines Elternhauses sollte für ihn zeitlebens bestimmend bleiben. So engagierte er sich seit seinem 15. Lebensjahr in der christlichen Jugendbewegung, mit der er auch später eng verbunden blieb. Ehlers wurde Mitglied des Steglitzer „Bibelkreises höherer Schüler“ (BK). Dieser Kreis war ein nicht unwichtiger Zweig der Jugendbewegung, die 1895 in Steglitz mit dem Wandervogel ihren Anfang genommen hatte.

Bibelkreise standen in der Tradition der pietistischen Erweckungsbewegung und spielten im Glaubensleben vieler Christinnen und Christen eine wichtige Rolle. Im Laufe der Zeit hatten die Bibelkreise zunehmend jugendbewegte Gestalt angenommen, es gab Wanderfahrten, Freizeiten und Lieder. Die Bibelkreise wollten „einen radikalen christlichen Impuls in die Schülerzeit hineinbringen“.<sup>1</sup> Ehlers engagierte sich in der Organisation der Bibelkreise auch auf Landes- und Bundesebene. So war er von 1930 bis 1933 Mitglied der Reichsleitung des „Bundes Deutscher Bibelkreise“ und von 1932 bis 1934 Landesvorsitzender der Bibelkreise in Berlin. Daneben war der spätere Bundestagspräsident auch publizistisch in der Jugendarbeit tätig. So wirkte er von 1933 bis zu deren Verbot 1938 als Schriftleiter der „Jungenwacht“, der gemeinsamen Zeitschrift der evangelischen Jugendverbände.

Für Ehlers war diese Zeit von einschneidender Bedeutung: „Wichtig war für mich, daß ich seit dem 15. Lebensjahr in der christlichen Jugendbewegung stand. Diese Tatsache hat auf meine Entwicklung großen Einfluß ausgeübt.“<sup>2</sup> Der spätere Bundestagspräsident suchte und fand in der Jugendbewegung einen Weg, Werte und Verantwortung in einer Zeit wiederzugewinnen, in denen Werte und Verantwortung im Schwinden begriffen waren.<sup>3</sup>

Auch in den Kriegsjahren hielt Ehlers die Verbindung zu seinen alten Freunden aus dem Steglitzer Bibelkreis. Vielleicht kann zusammenfassend gesagt werden, dass nach 1933 seine uneingeschränkte Loyalität der Bekennenden Kirche galt, sein Herz aber

---

1 Andreas Meier, Hermann Ehlers. Leben in Kirche und Politik, Bonn 1991, hier: 2.

2 Hermann Ehlers: Präsident des Deutschen Bundestages. Ausgewählte Reden, Aufsätze und Briefe 1950-1954, hrsg. und eingel. für die Hermann-Ehlers-Stiftung von Karl Dietrich Erdmann, Boppard am Rhein 1991, hier: 242 (aus: Der Richtsgedanke heute, 18.1.1953).

3 Vgl. Meier, Ehlers, 2ff.



den Bibelkreisen gehörte.<sup>4</sup> Nach dem Krieg setzte er sich tatkräftig für den zügigen Wiederaufbau der Bibelkreise ein.<sup>5</sup>

## 2 Diakonie

Ehlers strebte nach dem Abschluss des juristischen Referendariates und der Promotion eine Beschäftigung bei der Kirche an. So bat er am 6. August 1931 den Präsidenten des Oberkirchenamtes „um Übernahme in den Verwaltungsdienst der Kirche der alt-preußischen Union“.<sup>6</sup> Er war zu dieser Zeit bei der „Notgemeinschaft der inneren Mission“ angestellt. Die „Notgemeinschaft der inneren Mission“ versuchte die durch die Auflösung der Deutschen evangelischen Heimstättengesellschaft (DEVAHEIM) entstandenen Nöte zu lindern.

Von dort wechselte er zur Kommunalverwaltung in der Hoffnung, bald in den kirchlichen Dienst übernommen zu werden. In dieser Zeit engagierte er sich ehrenamtlich für die Kirche und zwar als Presbyter. Ehlers war bei der Presbyterwahl in Steglitz am 23. Juli 1933 als Kandidat der Liste „Evangelium und Kirche“ gewählt worden. Die Liste „Evangelium und Kirche“ vertrat eine Zusammenschau von nationalem Denken und entschiedenem bibeltreuen Leben. Im August wurde Ehlers zum Kreissynodalen gewählt.

Nach dem Krieg war Ehlers stark diakonisch engagiert. So wurde er 1946 der Bevollmächtigte des Hilfswerkes in Oldenburg. Die Hilfswerke fassten in Deutschland in Entsprechung zum Weltrat der Kirchen das gesamte nicht-römische Christentum zusammen. Ziel war es, praktische Hilfe vor Ort zu leisten. Diakonische Arbeit war für Ehlers wesentliche Aufgabe der Kirche; kirchliche

---

4 Vgl. Meier, Ehlers, 32.

5 Vgl. Meier, Ehlers, 45-56.

6 Zitiert nach Meier, Ehlers, 12.

Arbeit „müsse jeden Tag ihren sichtbaren Ausdruck in den Opfern und Taten der Liebe finden“.<sup>7</sup> Ehlers bemühte sich im diakonischen Bereich um eine sinnvolle Ergänzung staatlichen und kirchlichen Handelns. Dabei wirkte er in der gesamten Aufgabenbreite des Hilfswerks.

### **3 Kirchenpolitik**

Die Bedeutung Ehlers' für die Evangelische Kirche findet seinen Höhepunkt in seiner kirchenpolitischen Betätigung. Rückschauend lässt sich urteilen, dass Ehlers auf zwei Beinen stand: der Kirche und der Politik. Standbein und Spielbein wechselten im Laufe seines Lebens. War sein erstes Standbein die Kirche mit dem Spielbein Politik, so kehrte sich das Verhältnis 1949 nach seiner Wahl zum Bundestagsabgeordneten der CDU um. Nun galt sein Wirken und Streben vornehmlich der Politik, wobei er seine christlichen Wurzeln nie vergaß, sondern überzeugend in seine Tätigkeit als Politiker einbrachte.

Ehlers war 1934 in die Kanzlei des mit der Kirche verbundenen Anwalts Dr. Holstein eingetreten und wurde hauptsächlich mit der Bearbeitung kirchenrechtlicher Fragen der Preußischen Beken- nenden Kirche befasst, für die er bereits seit 1933 ehrenamtlich tätig war.

Die Bekennende Kirche, das sei an dieser Stelle bemerkt, verstand sich nicht als politische Widerstandsorganisation. Ihr Ziel war es, das Evangelium und die kirchliche Selbstbestimmung gegen Gleichschaltungsversuche des Staates zu schützen. Sie bekannte Christus als den alleinigen Herrn – gegen alle weltlichen Führer und Machtansprüche. Paradigmatisch formuliert finden sich die Überzeugungen der Mitglieder der Bekennenden Kirche in den

---

<sup>7</sup> Zitiert nach Meier, Ehlers, 169.

Thesen der Barmer Theologischen Erklärung vom 29. Mai 1934. Hier heißt es in These 5: „Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen.“ Gleichzeitig werden auch dem Aufgabenbereich der Kirche Grenzen gesetzt: „Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne sich die Kirche über ihren besonderen Auftrag hinaus staatliche Art, staatliche Aufgaben und staatliche Würde aneignen und damit selbst zu einem Organ des Staates werden.“ Hier wurde eine klare Unterscheidung zwischen Kirche und Staat und ihren jeweils eigenen Aufgaben vorgenommen. Dies sollte 1945 aufgegriffen werden.

Unmittelbare Reaktionen Ehlers' auf die Machtergreifung Hitlers fehlen. Sicher ist, dass Ehlers von Anfang an gegen die Zusammenlegung der christlichen Jugendverbände durch Reichsjugendführer Baldur von Schirach opponierte. In diesem Zusammenhang ist auch die Entstehung der Zeitschrift „Jungenwacht“ zu sehen, die den Verbänden, die sich dieser Maßnahme verweigerten, ein Forum bot. Ehlers trat für eine Sicherung der Freiheit der Kirche ein, verbunden mit dem Schutz vor völkisch eingefärbtem Deutschchristentum.

Im Jahr 1935 wurde er gewähltes rechtskundiges Mitglied des Bruderrates der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union, d. h. der Justiziar der Bekennenden Kirche.

1937 schied er aus dem Bruderrat aus. Als Folge seines Engagements für die Bekennende Kirche wurde er im Sommer 1937 für 14 Tage von der Gestapo inhaftiert.

In den Jahren seines Kriegsdienstes, seit 1940, wuchs bei Ehlers die Verzweiflung über die Schuld, in die Deutschland sich zunehmend verstrickte.<sup>8</sup>

Nach dem Krieg stellte Ehlers sich hinter die „Stuttgarter Schuld-erklärung“. Er suchte einen Mittelweg zwischen „Kollektivschuld“ und „Kollektivunschuld“. Seiner Meinung nach sollte jeder Deutsche die Schuld individuell anerkennen, in Selbstbesinnung und Einkehr. So schrieb er im Februar 1946 an seine „Brüder und Kameraden“ aus den Bibelkreisen: „... Haben wir niemals geschwiegen, wo wir hätten reden sollen? ... Haben wir nicht gemeint, es sei nicht unsere Sache, als die Synagogen brannten? ... Haben wir nicht befehlsmäßig Fahnen wehen lassen und Gott gelästert mit dem befohlenen Gruß? ... So viel wissen wir noch von Christi Lehre und Befehl, daß Schuld nicht durch Verstockung und Aufsässigkeit, sondern nur durch Buße und Vergebung erledigt wird. Auch wenn wir so die Dinge sehen, dann sind wir nicht mehr im Raum der Politik ..., sondern zunächst einmal sehr allein mit uns.“<sup>9</sup>

Er selbst suchte nach dem Krieg wieder den Weg in die Kirche. Als Vertreter der Bekennenden Kirche gehörte er der Delegation des Reichsbruderrates auf der Kirchenkonferenz in Treysa im August 1945 an. Hier knüpfte er auch die Kontakte nach Oldenburg, so dass er von 1945 bis 1949 als juristischer Oberkirchenrat der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Oldenburg tätig wurde. In dieser Funktion wirkte er auch federführend im Verfassungsausschuss der Evangelischen Kirche Deutschland (EKD) am Aufbau einer gesamtdeutschen Kirche mit. So entsandte ihn auch

---

<sup>8</sup> Vgl. Karl-Eckhard Hahn, Hermann Ehlers (1904-1954), in: Hans-Christof Kraus (Hg.), *Konservative Politiker in Deutschland. Eine Auswahl biographischer Porträts aus zwei Jahrhunderten*, Berlin 1995, 291-314, hier: 299.

<sup>9</sup> Zitiert nach Meier, Ehlers, 37.

der Rat der EKD zu der 1. Weltkirchenkonferenz in Amsterdam im Jahr 1948. Außerdem war er vom Rat berufenes Mitglied der ersten Synode (1949-1954).

Für Ehlers war „die im Kampf gegen die Irrlehre gewachsene Einheit der Evangelischen Kirche“<sup>10</sup> fundamental. An dieser Einheit festzuhalten war ihm ein großes Anliegen. Dabei suchte er nicht den Rückschritt zum status quo vor 1932, sondern er wollte aufgrund der Erfahrungen der Bekennenden Kirche etwas Neues schaffen. Auf diesem Hintergrund ist sein Engagement auf EKD-Ebene zu verstehen. Auch hier blieb er seiner aus den Bibelkreisen hervorgegangenen Erkenntnis treu, dass die Einheit der Kirche „nur vom Wort Gottes her wächst (...). Wir hoffen, daß die große Stunde, die der Kirche jetzt von Gott gegeben ist, genutzt wird“.<sup>11</sup>

Gleichzeitig, als Christ, blieb er der Politik verbunden. So war er 1946 eines der Gründungsmitglieder der CDU Oldenburg. Im selben Jahr wurde er per Direktwahl in den Stadtrat Oldenburgs gewählt. Die CDU war für ihn eine Partei „der durch den Nationalsozialismus zusammengeführten Christen, die den als Schöpfungsordnung Gottes begriffenen Staat in der Gemeinsamkeit auch mit Nichtchristen aufbauen“<sup>12</sup> wollen.

Ehlers wollte den politischen Protestantismus in der CDU stärken. Die CDU sollte mehr sein als eine Neuauflage der katholischen Zentrums-Partei mit evangelischem Anhang. Im Jahr 1952 kam es dann zur folgenreichen, ersten Arbeitstagung von evangelischen Mitgliedern der *CDU* und *CSU* in Siegen: der *EAK (Evangelischer Arbeitskreis)* wurde gegründet. Ehlers wurde im Mai zu dessen Vorsitzenden gewählt. Der EAK war für Ehlers keine Par-

---

<sup>10</sup> Zitiert nach Meier, Ehlers, 60.

<sup>11</sup> Zitiert nach Meier, Ehlers, 60.

<sup>12</sup> Zitiert nach Meier, Ehlers, 236.

tei in der Partei, sondern diene allein dem Zweck, die evangelischen Christen „an ihre besondere Verantwortung“ in der CDU zu erinnern.<sup>13</sup>

Hermann Ehlers war ein Mann, der sich in Kirche und Staat stark engagierte. Dabei ging es ihm nicht darum, die Unterscheidung zwischen Staat und Kirche zu untergraben, sondern vielmehr erkannte er das notwendige Bezogensein dieser beiden Größen aufeinander. Kirche und Staat waren für ihn ‚in der lutherischen Tradition stehend‘ „zwei Funktionen der Weltregierung Gottes“.<sup>14</sup>

Aufgrund seines Engagements wurde ihm 1953 die Ehrendoktorwürde der Theologischen Fakultät der [Universität zu Kiel](#) verliehen.

## **II. Stellung und gesellschaftliche Bedeutung der Evangelischen Kirche heute**

Die Themen kirchlicher Arbeit, die Hermann Ehlers am Herzen lagen, sind unverändert von zentraler Bedeutung für die Zukunft der Kirche und ihren Beitrag zur Entwicklung unserer Gesellschaft.

### **1 Die Evangelische Kirche und die Jugendarbeit**

Die evangelische Jugendarbeit ist einer der Hauptträger von Jugendarbeit in Deutschland. Sie knüpft an das große Engagement im Bereich der 9.000 evangelischen Kindertagesstätten mit 540.000 Kindern an. So besuchen allein in Berlin mehr als 100.000 Kinder und Jugendliche den Religionsunterricht. Rund 250.000 Mädchen und Jungen erhalten Konfirmandenunterricht.

---

<sup>13</sup> Zitiert nach Meier, Ehlers, 302.

<sup>14</sup> Zitiert nach Hahn, Ehlers, hier: 302.

Dazu kommen 900 allgemein bildende, sonderpädagogische und berufsbezogene evangelische Schulen mit mehr als 130.000 Schülern und Schülerinnen. Kaum zu zählen sind die vielen Angebote für Jugendliche in den Gemeinden vor Ort. Das umfangliche Angebot für Jugendliche seitens der Evangelischen Kirche hängt nicht nur mit den institutionellen Gegebenheiten zusammen, sondern auch mit dem Interesse der Jugendlichen am Thema Religion. Leider wird dieses Angebot in Zukunft aufgrund der finanziell schwierigen Situation des Religionsunterrichtes kaum noch aufrecht zu erhalten sein. Es besteht die Gefahr, dass in vielen Teilen Deutschlands eine „Jugend ohne Gott“ (Ödön von Horvath) aufwächst. Konträr dazu steigt das Interesse von Jugendlichen an religiösen Themen und spiritueller Verwurzelung. Diesem Ansinnen begegnen die Kirchen mit ihrem großen Angebot an gemeindlicher oder verbandlicher Jugendarbeit. Dabei wird inzwischen der Versuch unternommen, die Angebote so zu gestalten, dass sie von ihren Formen und Inhalten jugendorientiert sind. Das bedeutet methodisch die Verschiebung von längerfristiger Bindung zu einer Projektorientierung. Inhaltlich haben weitestgehend Methodenvielfalt und Subjektorientierung z. B. das Auswendiglernen des Katechismus im Konfirmandenunterricht abgelöst – und zwar nicht zuungunsten der inhaltlichen Tiefe.

Kirchliche Jugendarbeit ist notwendiger Bestandteil unserer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft, da der Staat kein Bildungsmonopol haben darf. Vielmehr ist der demokratische Staat darauf angewiesen, dass seinen Bürgern und Bürgerinnen Werte vermittelt werden, die er selbst nicht produzieren und garantieren kann. In diesem Sinn sind auch die Ausführungen des Grundgesetzes in Artikel 7 zu verstehen. So leisten die Kirchen einen wichtigen Beitrag mit ihrer Jugendarbeit für den Erhalt und die Demokratisierung unseres Staates, indem hier junge Menschen lernen, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. In gemeindlichen Jugendgruppen können sie lernen, ihre Gefühle

und Interessen zu artikulieren und mit anderen Meinungen in ein Gespräch zu bringen. Und nicht zuletzt können sie hier erfahren, dass sie von Gott geliebte und gewollte Wesen sind, unabhängig von aller Leistung. Diese Erfahrung ist in einer Gesellschaft, die zunehmend Druck auf junge Menschen ausübt, sie einseitig in Konkurrenz- und Leistungsdenken stürzt, befreiend und heilsam.

## **2 Die Evangelische Kirche und die Diakonie**

Aus Sicht der Kirche gehören der Glaube an Jesus Christus und tätig praktizierte Nächstenliebe unbedingt zusammen. Deswegen ist die Hilfe für Menschen, die in Not geraten sind oder unter ungerechten Verhältnissen leiden, für Christen und Christinnen eine elementare Verpflichtung. Die Diakonie ist der soziale Dienst der Evangelischen Kirche.

Die Diakonie ist heute in Deutschland Trägerin eines umfassenden Netzes von Hilfs- und Beratungsangeboten. Sie unterhält Kindergärten, leistet Sozialarbeit mit Kindern, Jugendlichen und Arbeitslosen und all den Menschen, die durch das Raster durchfallen.

In einem Land, in dem die Schere zwischen Arm und Reich immer größer wird, in dem zunehmend mehr Menschen in das soziale Abseits geraten und an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, sieht die Kirche es als ihre Pflicht, an der Seite der „Verlierer“ des Marktes und der Globalisierung zu stehen.

Der Ratsvorsitzende der EKD, Bischof Wolfgang Huber, hat in seiner jüngsten Veröffentlichung davon gesprochen, dass sich in Deutschland eine neue Form der Klassengesellschaft entwickelt: „Da entsteht eine Klasse, für die der Anspruch auf Selbstbestim-



mung und bewußte Wahrnehmung der eigenen Freiheit nicht mehr gilt.“<sup>15</sup>

Die Evangelische Kirche versucht mit ihren rund 30.000 selbständigen diakonischen Einrichtungen, über 400.000 hauptamtlich Mitarbeitenden und ebenso vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern in den Gemeinden zunehmender Ausgrenzung entgegen zu wirken.

### **3 Die Evangelische Kirche und die Politik**

Religion und Politik befinden sich in Deutschland in einer Art Wechselspiel. Das Verhältnis zwischen Kirche und Politik in Deutschland lässt sich nur mit einem Blick auf die Geschichte Deutschlands verstehen. Hier wird ein Mittelweg versucht zwischen einem deutlich laizistischen Verständnis, wie wir es etwa in der Türkei oder in Frankreich vorfinden, und einem Staatskirchentum, wie es in Skandinavien oder England in der Verfassung festgeschrieben ist. Dieser „deutsche Weg“ beginnt 1919 mit der Trennung von Kirche und Staat und gewinnt in der Anpassung und Auseinandersetzung mit dem Staat Gestalt. Die Evangelische Kirche machte nach dem Krieg deutlich, dass sie aus den Abgründen und Fehlern gelernt hatte, indem sie zur demokratischen und zivilgesellschaftlichen Kultur Deutschlands ihren Beitrag leistete. Die Barmer Theologische Erklärung von 1934, das Stuttgarter Schuldbekenntnis von 1945 und das Darmstädter Wort von 1947 sind Wegmarken auf der Suche nach einer Verhältnisbestimmung zwischen Kirche und Staat. Das neue Verhältnis unserer Kirche zur Politik ist in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts von der Botschaft gekennzeichnet, sich einzumischen und die Rolle einer Wächterin oder Vermittlerin zu übernehmen. Kir-

---

<sup>15</sup> Vgl. Wolfgang Huber, *Vor Gott und den Menschen*. Wolfgang Huber im Gespräch mit Stefan Berg, Berlin 2004, hier: 18.

che will die Gesellschaft menschlicher gestalten und dabei Rückfälle in die Barbarei verhindern helfen.

Exemplarischer Ausdruck dieser Zielsetzung sind die Evangelischen Akademien, der Deutsche Evangelische Kirchentag, die Denkschriften der EKD und nicht zuletzt das Amt des Bevollmächtigten des Rates der EKD bei der Bundesrepublik und der Europäischen Union. Dieses Amt, das ich seit 1999 inne habe, ist im besten Sinn als Lobby-Arbeit zu bezeichnen. Allerdings nicht als eine Lobby-Arbeit für die Pfründe der Kirche, sondern Einmischung zum Zweck des Schutzes der Schwachen und Benachteiligten unserer Gesellschaft.

### **III. Zur Zukunft des Protestantismus**

#### **1 Bedeutung der Jugendarbeit der Evangelischen Kirche für die Zukunft des Protestantismus**

Die Bedeutung der Jugendarbeit der Evangelischen Kirche für die Zukunft des Protestantismus ist immens. Möglicherweise wird sogar von ihr der Fortbestand der Evangelischen Kirche in Deutschland abhängen. Erwachsene, die weder in ihrer Kindheit noch in ihrer Jugend mit der Kirche in Berührung gekommen sind, finden nur in Ausnahmefällen als Erwachsene den Weg in die Kirche. So sind in 40 Jahren DDR-Regime ganze Landstriche kirchlich entwurzelt und dem Atheismus anheim gefallen. Nun ist es gerade in diesen Gebieten schwierig, eine kirchliche Versorgung zu gewährleisten. Eine Pfarrerin in der Uckermark, die 14 Dörfer und Kirchen zu betreuen hat, wird nur in Ausnahmefällen in der Lage sein, ansprechenden und fruchtbaren Religionsunterricht, Konfirmandenunterricht und Jugendarbeit anzubieten.

Spätestens seit der Mitte des 19. Jahrhunderts wurde deutlich, dass neben dem Engagement in der weltweiten Mission die Bemühung um Mission in Deutschland treten muss. Dabei ist Mission nicht als etwas gewalttätiges, aufgezwungenes zu verstehen, sondern im wahrsten Sinn des Wortes als „geschickt“. Menschen, die von ihrer Kirche geschickt werden, um anderen Menschen von Gott zu erzählen, sie mit Gott in Verbindung zu bringen. In der Kundgebung der EKD-Synode 1999 in Leipzig wurde dieser Auftrag eindringlich beschrieben: „Mission geschieht nicht um der Kirche willen. Die Kirche ist hineingenommen in die Mission Gottes. Wir haben den Auftrag, Menschen die Augen zu öffnen für die Wahrheit und Schönheit der christlichen Botschaft. [...] Eine so verstandene Mission hat nichts mit Indoktrination oder Überwältigung zu tun. [...] Eine solche Mission ist geprägt vom Respekt vor den Überzeugungen der anderen und hat dialogischen Charakter.“

In diesem Sinn ist die Jugendarbeit der Kirche von fundamentaler Bedeutung für die Kirche. Denn in der Phase, die klassisch mit der Suche nach Identität verknüpft ist, ist es ein Muss, den Jugendlichen ein Angebot zu machen, das der spirituellen Ader, die jeder Mensch hat, entspricht. Somit ist evangelische Jugendarbeit für beide Seiten unaufgebar: für die Jugendlichen *und* für die Kirche.

## **2 Bedeutung der Diakonie der Evangelischen Kirche für die Zukunft des Protestantismus**

Die Bedeutung der Diakonie der Evangelischen Kirche für die Zukunft des Protestantismus wird in zwei Punkten zu finden sein: Die Diakonie muss deutlich machen, was ihr Proprium gegenüber anderen Anbietern sozialer Leistungen liegt und sie muss sich gleichzeitig im Wettbewerb mit den anderen Anbietern behaupten. Somit muss sie menschlich und ökonomisch sein.

In Zukunft wird diakonische Arbeit in Deutschland durch den demographischen Wandel in besonderer Weise herausgefordert sein. Die Pflege und Betreuung älterer Menschen, die dann den Großteil unserer Gesellschaft ausmachen werden, wird in erheblichem Maß zunehmen. Dabei versteht sich Diakonie sowohl als Anwalt für die Rechte älterer Menschen wie auch als Anbieter effizienter Hilfe und Dienstleistungen.

Die Evangelische Kirche nimmt diese Herausforderung an. So lautet das Thema der diesjährigen EKD-Synode „Generationen“. Die EKD wird sich, unterstützt von ihren vielen Werken und Einrichtungen darüber Gedanken machen, wie Gerechtigkeit zwischen den Generationen möglich sein kann. Dabei wird ein differenzierter Blick in der Analyse nötig sein. So dürfen etwa die Unterschiede innerhalb einer Generation nicht durch pauschalisierte Urteile weggewischt werden. Betrachtet man z. B. die Gruppe der Rentner und Rentnerinnen, dann stellt sich heraus, dass über die Hälfte zusätzliche Einkünfte neben ihrer Rente haben. Gleichzeitig gibt es hier Menschen, die in Deutschland am Rand des Existenzminimums leben. Zwischen ihnen für eine gerechte Lastenverteilung zu kämpfen, ist diakonische Aufgabe der Kirche. Das Gleiche betrifft die intergenerationellen Beziehungen. So ist auf der einen Seite zu beobachten, dass die Generationen sich untereinander vielfältig unterstützen – im konkreten privaten Bereich. Diese Realität sollte noch stärker politisch wirksam werden. Auch hier ist es diakonische Aufgabe der Kirche, sich für Gerechtigkeit einzusetzen.

Diakonische Arbeit wird auch in Zukunft für den Protestantismus ein Zeichen seiner Glaubwürdigkeit sein. Sie macht sichtbar, inwiefern das Christentum auch praktisches Christentum ist und Wort und Tat übereinstimmen.

### **3 Bedeutung der politischen Aktivitäten der Evangelischen Kirche für die Zukunft des Protestantismus**

Die Bedeutung der politischen Aktivitäten der Evangelischen Kirche für die Zukunft des Protestantismus soll im Rahmen der EU dargelegt werden, nachdem das Hauptaugenmerk der vorherigen Ausführungen auf Deutschland lag.

Mit der EU-Osterweiterung, die wir am 1. Mai dieses Jahres feiern durften, sieht sich die europäische Gemeinschaft großen Herausforderungen gegenüber. Zehn neue Mitgliedsländer kommen hinzu. Dass es dabei auch zu Irritationen und Auseinandersetzungen kommen wird, ist leider abzusehen. Der überwiegende Teil der neu hinzugekommenen europäischen Bevölkerung sind Christinnen und Christen. Etwa zwei Drittel der Bevölkerung des erweiterten Europa gehören einer christlichen Kirche an. Die Kirche ist daher aufgerufen, ihre Potentiale zu nutzen, um diesen Einigungsprozess möglichst friedlich und gerecht mitzugestalten.

Die Grundlage des europäischen Engagements der EKD sind die mannigfachen Kontakte der Gemeinden, Landeskirchen und Verbände zu ihren Partnern in allen Regionen Europas. Dazu zählen gegenseitige Besuche, Unterstützung für Menschen in Not, gemeinsame Gottesdienste, der Aufbau von Kirchen und Versöhnungsarbeit im weitesten Sinne. Hinzu kommen 70 EKD-Auslandsgemeinden im europäischen Ausland, in denen deutschsprachige Menschen eine spirituelle Heimat finden und das Gespräch mit Glaubensbrüdern und -schwestern des Gastlandes finden können.

In jüngster Zeit beraten wir über eine kirchliche Stellungnahme zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Dabei sind aus kirchlicher Sicht unterschiedliche Aspekte von Bedeutung: Es geht um die kulturellen Grenzen Europas, seine strukturelle Ausweitung und die Frage der Beitrittsweise nach den Ko-

penhagener Kriterien. Übereinstimmend wird man sagen können, dass die Türkei heute noch nicht beitragsreif ist. Insbesondere bei der Verwirklichung der Menschenrechte, deren Realisierung eine grundlegende Voraussetzung für den EU-Beitritt darstellt, gibt es weiterhin erhebliche Defizite. Angesichts des derzeitigen Reformprozesses scheint es jedoch nicht ausgeschlossen, dass es der Türkei in den nächsten Jahren gelingen wird, die Menschenrechtsstandards der EU zu erreichen. Weiterhin stellen sich die Fragen nach der Zugehörigkeit der Türkei zum europäischen Kulturraum und den strukturellen Grenzen der EU. Die Aufgabe der Kirchen ist es, die Türkei durch den kontinuierlichen Dialog mit dem Islam, türkische Mitbürger in unserem Land und Partner in der Türkei in ihren Reformbemühungen zu unterstützen.

So kann abschließend gesagt werden, dass die Bedeutung der politischen Aktivitäten der Evangelischen Kirche für die Zukunft des Protestantismus im europäischen Maßstab liegen.

# Hermann Ehlers. „Ein Stück deutscher Zukunft“

*Andreas Meier*

## Der Beitrag des zweiten Bundestagspräsidenten zum Hineinwachsen in den Parlamentarismus

„Meine alte Mutter, die am Rundfunk eine Übertragung des Bundestages hörte, schämt sich, daß ich da mitmache“, erzählte der spätere Innenminister Paul Lücke 1949 dem journalistischen „Hofchronisten“ Walter Henkels. Der für die CDU in den ersten Bundestag gewählte 35-jährige beinamputierte Kriegsheimkehrer erläuterte den Eindruck, den das „Hohe Haus“ in Bonn anfangs machte:

„Mir scheint, als wiederholt sich, was ich vor 1933 bei Rundfunkübertragungen aus dem Reichstag erlebte. Der Bundestag ist ein Spiegelbild des Volkes in seiner ganzen Zerrissenheit. Nur wir Jüngeren sind nüchterner und leidenschaftsloser, verstehen uns viel schneller. Aber wir Jüngeren beherrschen den parlamentarischen Betrieb noch nicht. Einen großen Teil der jüngeren Abgeordneten halte ich für Idealisten, viele aber auch für ausgesprochene Ehrgeizlinge. Leider kann man keine Parlamentstradition züchten. Sie mangelt uns sehr. Zur letzten Nachtsitzung kann ich nur sagen: ‚Ich bin entsetzt‘.“<sup>1</sup>

1892, neunzehn Jahre vor Paul Lücke, war dessen Fraktionskollege Erich Köhler geboren worden, der – gesundheitlich geschwächt –, als erster Bundestagspräsident der oft wilden Umgangsformen im Hohen Haus nicht Herr wurde.

---

<sup>1</sup> Der Artikel Henkels, in dem dieser die Äußerungen mancher „jüngerer“ Abgeordneter im Dezember 1949 anführte, ist zitiert nach: Walter Henkels: „Der Kanzler hat die Stirn gerunzelt“, Düsseldorf 1985, S. 24.

Ein Glücksgriff sondergleichen war die Wahl des Nachfolgers für den unter allgemeinem Druck im Oktober 1950 zurückgetretenen Bundestagspräsidenten. Wegen des konfessionellen Unionscharakters der CDU musste es neben dem katholischen Kanzler ein evangelischer Christ sein. Niedersächsische Abgeordnete um Wilhelm Brese schlugen den juristischen Oberkirchenrat in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg, Hermann Ehlers, vor. Dieser 1904 in Schöneberg geborene Abgeordnete, der zugleich Stadtrat in Oldenburg war und seine Amtsgeschäfte im Oberkirchenrat weiter betreute, zählte „zu den ‚arbeitsamsten und anständigsten‘ Abgeordneten“.<sup>2</sup> Durch keine besondere Leistung oder Beziehung in der Regierungspartei hatte er sich für das Amt angeboten. Parteiarithmetisch sprach gegen ihn, dass er mit Martin Niemöller, dem Kirchenpräsidenten der evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, und dem just als Innenminister zurückgetretenen Gustav Heinemann nach Jahren enger Zusammenarbeit in der evangelischen Kirche befreundet war.

Ehlers gehörte nicht wie Heinemann zu den Gründern der CDU. Er hatte den Charme der meisten Politiker der Nachkriegsjahre: Er trat am 1. August 1946 – wie viele andere – als beruflich qualifizierter „Quereinsteiger“ einer Partei bei. Politjargon war ihm zuwider, er sprach ein „sehr sauberes und wohl das beste Deutsch im ganzen Bundestag, etwas schneller als die meisten und mit leichtem Berliner Tonfall“.<sup>3</sup> Für die CDU hatte Ehlers sich entschieden, weil er in ihr das von der neuen Zeit geforderte Mittel sah, um „mutig den Weg zum Neuen zu gehen“. Die Sozialdemokratie habe „aus durchaus achtenswerten Gründen dort den Weg

---

2 Das meldete „Interpress Nr. 236/1950“ am 21. Oktober 1950.

3 Walter Henkels am 30. Oktober 1954 in „Stuttgarter Zeitung“: „Zum Tode von Hermann Ehlers“.



politisch und geistlich fortgesetzt, wo er notgedrungen im Frühjahr 1933 geendet hatte“.<sup>4</sup>

Am 19. Oktober 1950 gaben in der Wahl zum Bundestagspräsidenten 201 der anwesenden 325 Bundestagsabgeordneten ihre Stimme für den Kandidaten der CDU/CSU Fraktion, Hermann Ehlers, ab. Die 55 Stimmen für seinen Fraktionskollegen Kurt Georg Kiesinger stammten kaum von der Opposition. Stimmberechtigt waren einschließlich der acht Berliner 410 Abgeordnete. In der zweiten Legislaturperiode, am 6. Oktober 1953, gaben bei der Wahl zum Bundestagspräsidenten 500 der nun 509 Abgeordneten ihre Stimme ab. 466 stimmten für Ehlers, 30 enthielten sich, vier Stimmzettel waren ungültig.

Diese beiden Entscheidungen markieren einen

„Vorgang, wie ihn die Geschichte der Parlamente sonst nicht kennt: Eine örtliche, eine provinzielle Bewährung (als Oberkirchenrat und erst ernannter und dann gewählter Stadtrat in Oldenburg, A.M.) führt einen schier unbekanntem Mann in das Parlament. Er ist ein Neuling in diesen Geschäften, und nach einem knappen Jahr zeigt er, daß er ein Meister in ihnen ist. Dies ist das Großartige und Bedeutende des Vorgangs: In einer Zeit, da von Vermassung und Bürokratie geklagt wird, stand ein Mann da, eine großangelegte, eigenwüchsige, auch eigenwillige Natur, die sich nicht durch Anpassungen und Geschicklichkeiten empfohlen hatte, sondern einfach da war, um der Pflicht zu genügen.“<sup>5</sup>

Über Eigenart und Erfordernisse einer parlamentarischen Demokratie hatte Ehlers sich vor seiner Wahl in den Bundestag geäußert – in kirchlichen Kreisen und Publikationen:

---

<sup>4</sup> Hermann Ehlers: „Traditionslosigkeit oder Geschichtsbewußtsein?“, „Deutsches Monatsblatt“ 1954, S. 18.

<sup>5</sup> Theodor Heuss in seiner Ansprache in der „Trauerfeier des deutschen Bundestages für seinen am 29. Oktober 1954 verewigten Präsidenten D. Dr. HERMANN EHLERS im Plenarsitzungssaal des Deutschen Bundestages am 2. November 1954, 11 Uhr, S. 2595 in den stenographischen Berichten des zweiten Bundestags.

## „Wir müssen verlernen, nur in Parteibegriffen zu denken“

„Wir müssen verlernen, nur in Parteibegriffen zu denken. ... England zeigt uns auf diesem Gebiete die rechten Wege. Wenn es möglich ist, daß das englische Volk heute Winston Churchill als Sieger des 2. Weltkrieges zujubelt, am nächsten Tage aber ihn und seine Partei die größte Niederlage ihrer Geschichte beibringt, dann ist das nicht ein Zeichen für die Wandelbarkeit der Volksgunst oder ein Zeichen der Undankbarkeit, als das wir es zunächst zu empfinden versucht sind, sondern ein Beweis für die Nüchternheit des Volkes.“

So schrieb der Oberkirchenrat am 26. Januar 1947 in seinem „Sonntagsspiegel“ im „Oldenburger Sonntagsblatt“, der Wochenzeitung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg. Bis zu seinem Tod schrieb Ehlers jede Woche einen *Sonntagsspiegel* über Themen des Kirchenlebens, der Geschichte, der Gesellschaft und Kultur, ohne je parteipolitisch zu argumentieren. Im *Sonntagsspiegel* vom 14. August 1949 hatte Oberkirchenrat Ehlers die Nichtteilnahme an den politischen Wahlen als „feiges Ausweichen“ kritisiert und empfohlen, wie in England Parteien als „Zeitererscheinungen“ zu begreifen. Gerade Christen könnten „Gleichmut“ gegenüber den politisch unersetzbaren Parteien zeigen, weil diese keine Ewigkeitsentscheidungen fällen können.<sup>6</sup> Solche Freiheit fehle „Menschen, die keine Hoffnung haben und die auch nicht mit dem von Christus verheißenen Ende dieser Welt rechnen. Diese mögen glauben, daß ihnen unabänderliche, ja ewige Entscheidungen befohlen seien“. Statt „ewig“ als Zeitbegriff zu missbrauchen, „wollen wir daran erinnern, daß noch jedes System staatlicher Gewaltherrschaft seine Ewigkeit verkündet hat“.<sup>7</sup> Da

---

<sup>6</sup> Das sagte Ehlers nach dem Bericht des „Sonntagsblatts für die Pfalz“ vom 27. Mai 1951 auf dem vierten „Landmännertag“ in Landau.

<sup>7</sup> Das sagte Ehlers am 16. Oktober 1951 in seiner Ansprache „Wie sehen wir die Zukunft?“ in Radio Bremen, zitiert nach S. 3 des Manuskripts (ACDP I – 369 Nr. 16/2).

viele *Sonntagsspiegel* in der Presse nachgedruckt wurden und weil Ehlers hunderte weitere Beiträge für andere Zeitungen aller Art schrieb, wurde er zu einem der bekanntesten Politiker der Bundesrepublik.

An Ehlers' Art, dem Bundestag in aller Leidenschaftlichkeit unachtsichtig zu präsidieren, mussten sich viele Abgeordnete erst gewöhnen – angefangen von der nun genau beachteten Pünktlichkeit des Sitzungsbeginns bis zu den energischen Ordnungsrufen. Freilich war Ehlers „manchmal, was Temperament und Kinderstube der Abgeordneten betrifft, überfordert. Ein tiefes Gefühl des Unbehagens wird der Beobachter nicht los“, notierte ein solcher in der FAZ.<sup>8</sup> Um der Debatte willen konnte Ehlers am 26. Februar 1954 im Bundestag einen Ordnungsruf verweigern:

„Der Kollege (Fritz) Erler (SPD, A.M.) hat bei mir seinem Erstaunen darüber Ausdruck gegeben, daß ich den Ausdruck von der ‚bewußten Vergiftung der öffentlichen Meinung‘, den der Kollege (Karl) Weber (CDU, A.M.) gebraucht hat, nicht mit einem Ordnungsruf belegt habe. Ich habe dazu Folgendes zu sagen: Es mag streitig sein, ob ein solcher Ausdruck in vollem Umfang parlamentarisch ist. Ich habe heute bei der notwendigerweise scharfen Auseinandersetzung verschiedener Meinungen nicht geglaubt, die Situation durch unnötige Ordnungsrufe verschärfen zu sollen, und habe darum auch über einige andere Zwischenrufe, den ‚billigen Jakob‘ und einiges andere, bewußt hinweggehört.“<sup>9</sup>

## **Temperamentvoller Volksvertreter**

Ehlers habe es „nicht allen recht gemacht“, sagte Carlo Schmid (SPD), sein Stellvertreter im Präsidium. „Ich kenne aber niemand, der ihm mangelnde Loyalität vorgeworfen hätte. Was er für rich-

---

<sup>8</sup> Walter Henkels im „Brevier der Zwischenrufer“, FAZ vom 24. November 1952.

<sup>9</sup> Stenographische Berichte des 2. Bundestages 47. Sitzung, 26. Februar 1954, S. 578. Auf S. 577 steht die anstößige Wendung Walters.

tig hielt, hat er seiner eigenen Partei gegenüber genauso vertreten wie gegenüber den anderen.“<sup>10</sup> Ehlers griff als temperamentvoller Parlamentarier in die Debatten der Volksvertreter ein: Um am 10. Oktober 1951 einer falschen Wiedergabe einer eigener Äußerung zum Föderalismus durch den CSU Abgeordneten Richard Jaeger zu widersprechen, übergab Bundestagspräsident Ehlers Alterspräsident Paul Löbe den Vorsitz, die beiden Vizepräsidenten waren nicht im Plenarsaal. Löbe erteilte dem Abgeordneten Ehlers das Wort.<sup>11</sup>

Während seiner vierjährigen Amtszeit nahm er fünfzehn Mal als Abgeordneter das Wort – häufiger als seine Nachfolger. Sein achter Nachfolger, Prof. Dr. Rita Süßmuth, zog nicht nur gleich, sie überbot Ehlers mit 22 Wortmeldungen in acht Jahren. Auch inhaltlich war sie von Ehlers inspiriert: Ihre Ansprache nach der Wahl in das präsidiale Amt am 25. November 1988 fußte auch auf dem Studium der Ansprachen Ehlers‘.

Ehlers rackerte sich als Präsident des Bundestages ab, damit in Deutschland der Parlamentarismus Wurzeln schlagen konnte. Das Grundgesetz ordnet den Kanzler protokollarisch dem Präsidenten der Volksvertretung nach. Aus diesem Grund wies Ehlers als „zweiter Mann im Staat“ sogar den autoritätsbewussten „Alten“, Adenauer, protokollarisch in die Schranken. In der Debatte über die militärische Aufrüstung mahnte Ehlers:

„Wir alle stehen unter dem Eindruck, daß wir heute hier nicht ein Gespräch nur unter uns führen, sondern ein Gespräch, wie es in diesem Volke noch

---

<sup>10</sup> Aus Carlo Schmid's Beitrag für die Gedenksendung an Ehlers im NWDR am 29. Oktober 1954.

<sup>11</sup> Stenographische Berichte des 1. Bundestages 166. Sitzung, 10. Oktober 1951, S. 6803 ist wiedergegeben, wie Jaeger skeptische Äußerungen über den Föderalismus von „einem, von dem ich vermute, daß er im Augenblick über mir sitzt“ zitierte. S. 6804 steht, daß Altpräsident Löbe von Ehlers die Präsidentschaft übernahm, dessen Worte S. 6806 stehen.

niemals geführt worden ist, an dem Millionen von deutschen Menschen aus innerstem Herzen Anteil nehmen. Wir sollten uns auch der Tatsache bewußt sein, daß viele Menschen, die jetzt am Lautsprecher zuhören, die politischen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien dieses Hauses nur zu einem geringen Teil bewegen, daß sie aber in dieser Frage aus sehr viel anderen, sehr viel tieferen Gründen Sorgen, Bedenken und Fragen haben. Ich halte mich um des Amtes willen, das ich in diesem Hause habe, das mich ja nicht davon entbindet, eine persönliche politische Überzeugung zu haben, aber auch um meines kirchlichen Amtes willen für verpflichtet, diese Sorgen und Bedenken hier auszusprechen.“<sup>12</sup>

## Hineinwachsen in den Parlamentarismus

Nächte verbrachte Ehlers mit der Lektüre nicht nur historischer Literatur. Er habe aus Alexander von Müllers „Aus den Gärten der Vergangenheit“ und dessen Schilderung des Studiums in Oxford gelernt, „daß dort eine eigentliche politische Erziehung überhaupt nicht vorhanden ist. Sie geschieht dennoch, aber völlig unmerklich durch die ständigen Auswirkungen des englischen staatlichen und gesellschaftlichen Lebens, das aus einer langen Tradition herauswächst.“<sup>13</sup> Ersatzweise in Deutschland paritätisch unter Parteipolitiker aufgeteilte „Zentralen für politische Bildung“ einzurichten, komme dem traditionsverwurzelten „Hereinwachsen“<sup>14</sup> in demokratische Strukturen nicht gleich. „Wir wissen

---

<sup>12</sup> Stenographische Berichte der Verhandlungen des Bundestages 191. Sitzung, 8. Februar 1952, S. 8213.

<sup>13</sup> Aus Ehlers Vortrag im Bayerischen Rundfunk am 19. März 1952: „Ein Wort für die ‚Alten‘ in der Politik“ (S. 2 in Veröffentlichung des Presse- und Informationsstelle des DEUTSCHEN BUNDESTAG vom 17. März 1952).

<sup>14</sup> „Menschen und Staaten leben gleichermaßen von dem Hereinwachsen in die lebendigen Kräfte, die ihre Vorfahren getragen haben“ schrieb Ehlers unter der Überschrift „Traditionslosigkeit oder Geschichtsbeußtsein?“ und mahnte, dass „Tradition keineswegs, wie manche

darum, in wie starkem Maße wir in dem Neubeginn unseres politischen Lebens mit den guten Überlieferungen der Demokratie, insbesondere Ihres Landes, verbunden sind“, begrüßte Ehlers eine Delegation des britischen Parlaments im Bundestag.<sup>15</sup> Er spürte, dass Deutschland der Fundus der Zeichen abgeht, aus dem Länder wie Großbritannien schöpfen können, der sich aus einer ungebrochenen monarchischen und parlamentarischen Tradition gleichermaßen speist.

Wo solche Traditionen fehlen, oder wo man, wie in Deutschland, politischen Ritualen zum Widerwillen Ehlers‘ voreingenommen mit Skepsis begegnet, bewegt sich die Politik des Symbols auf schwierigem Terrain. Rituale können den emotionalen und identifikatorischen Mehrwert nicht aus sich heraus schaffen. Symbole funktionieren nur dann, wenn die Öffentlichkeit sie ernst nimmt und hinter ihnen Substanz vermutet. Hermann Ehlers beklagte die Feigheit vieler „Demokraten“. Mit der Monarchie sei der „Männernut vor Königsthronen“ weggefallen, meinte Ehlers: „Immer wieder erlebt man es, daß Menschen, die zu irgendeiner Frage kritisch Stellung nehmen, ihren Namen verschweigen.“ Er habe eine Postkarte erhalten, „in der in einer bewußt entstellten Schrift jemand mir mitteilte, der weitaus größte Teil des Volkes sei empört über den Luxus und die Verschwendung in Bonn. Ich habe diese Postkarte, wie andere ausführlich beantwortet. Der Antwortbrief wurde adressiert an den angeblichen Absender Karl Spieker, Oldenburg, Lange Straße 37. Er kam als unzustellbar mit dem Vermerk ‚in Oldenburg nicht ermittelt‘ zurück. Ein kritischer Brief aus der Pfalz war ausgerechnet mit dem Wort ‚Ein Pfälzer Protes-

---

glauben mögen, das kritiklose Übernehmen vergangener und überholter Formen nur deshalb ist, weil sie früher einmal gegolten haben“.

<sup>15</sup> Stenographische Berichte der Verhandlungen des Bundestages 163. Sitzung, 18. September 1951, S. 8602.

tant‘ unterschrieben. Der ganze Protestantismus des Verfassers reichte nicht aus, um den Mut aufzubringen, vor einem Parlamentarier mit seinem Namen für seine Meinung einzustehen. Es geht darum, ob wir alle zusammen bereit sind, in der gegenwärtigen deutschen Öffentlichkeit mit unserem Namen für unsere Meinung einzustehen. Man kann vieles gegen die Bundestagsabgeordneten einwenden. Sie jedenfalls befinden sich in einer unübersehbaren Öffentlichkeit“, schrieb Ehlers im *Sonntagsspiegel* am 11. März 1951.

Ehlers nutzte die Errungenschaften der Technik, um die Arbeit der Volksvertreter in die Öffentlichkeit zu bringen. Gegen den Widerstand einiger Abgeordneter führte er zu Beginn der zweiten Wahlperiode die regelmäßige Fernsehübertragung der Plenarsitzungen ein.<sup>16</sup> Kabaretts kommentierten in den ersten Jahren der Bundesrepublik spöttisch Phänomene des Parlamentarismus, etwa die Abwesenheit von Abgeordneten. Da genau das die Eingewöhnung in den Parlamentarismus verhinderte, widersprach Ehlers energisch. Für ihn stand die Würde des Hauses im Vordergrund. Zu seinen Zeiten hätte es ein schwedisches Möbelhaus nicht gewagt, für seine Filiale mit einem Bild des Bundestages als „Villa Kunterbunt“ zu werben.

---

<sup>16</sup> Die Einführung der Fernsehübertragungen ab dem 6. Oktober 1953 ist geschildert nach Auswertung des Bestandes des Präsidialbüros Ehlers‘ im Archiv des Deutschen Bundestages in NWZ vom 6.10.2003: „Ehlers rückt den Bundestag ins Bild“ von Andreas Meier, der auch den Umgang mit den Funkmedien in England und Frankreich beschreibt. Ehlers‘ Nachfolger, Eugen Gerstenmaier, verbot vom Januar 1958 bis April 1962 die Übertragungen, weil er den Unwillen einiger Abgeordneter, sich im Plenum beobachten zu lassen, teilte.

## Politische Verantwortung erkennen

Parlamentarismus kann in Deutschland Wurzel fassen, wenn Deutsche das Scheitern der Weimarer Republik im eigenen Versagen begründet sehen:

„Wir sind uns alle der tragischen Folgen bewußt, die daraus entstanden sind, daß vor dreißig Jahren das deutsche Volk die Aufgabe und die Verpflichtung seines Parlaments nicht verstanden hat. Erst die unheilvolle und unbegründete Distanzierung zwischen Parlament und Volk hat es gewissenlosen Demagogen möglich gemacht, die Herrschaft in Deutschland an sich zu bringen. Es ist an uns allen, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen“, mahnte Ehlers nach seiner Wahl zum Bundestagspräsidenten am 6. Oktober 1953, „durch die Darstellung unseres Willens und durch unsere Arbeit daran mitzuwirken, daß heute eine andere innere Verbindung zwischen Volk und Parlament wächst.“<sup>17</sup>

„Wir sollten uns langsam angewöhnen“, hatte Ehlers 1952 in Rüstertal gemahnt, „die Zeit der Weimarer Verfassung und des Weimarer Staates nicht mit dieser oberflächlichen Negierung zu sehen, wie wir das lange genug getan haben.“<sup>18</sup>

Dass jeder Mensch seine politische Verantwortung erkenne und wahrnehme, war der Herzenswunsch Ehlers‘, der insbesondere evangelische Christen dazu aufgefordert sah. „Innere Werte“, die das Handeln der Menschen bestimmen – nicht austauschbare „Werte“ im moralischen Sinn – waren nach Ehlers Überzeugung Kern aller politischen Arbeit. Zum einen eröffnet das die Freiheit, Widersprüche zu akzeptieren. Dem Gegenüber sei abzunehmen, dass das Gesagte „auch wenn es in der Formulierung einmal mißglückt, aus einer inneren Verantwortung herauswächst“.<sup>19</sup>

---

17 Stenographische Berichte der Verhandlungen des zweiten Bundestages 1. Sitzung, 6. Oktober 1953, S. 4.

18 Ehlers sprach in Rüstertal am 29. Juni 1952 über „Drei Jahre Bundestag“, zitiert nach S. 4 in Heft 13 der „Wilhelmshavener Vorträge. Schriftenreihe der Nordwestdeutschen Universitätsgesellschaft“, 1952.

19 Stenographische Berichte der Verhandlungen des Bundestages 191. Sitzung, 8. Februar 1952, S.8213.



Grundsätzlich stellte er fest<sup>20</sup>: „Entscheidendes passiert nicht durch Wirtschaftspläne, sondern im Herzen der Menschen.“ Kritik sei in der Demokratie wichtig, nur dürfe sie keinesfalls übereilend Maß und Takt vermissen lassen. Denn sonst schlägt Kritik gegen den Kritiker zurück und stellt dessen aner kennenswerte Überzeugungen infrage. Ehlers wollte Kritik nicht Schärfe nehmen. Nur dürfe auch scharfe Kritik nicht zwecklos, unverantwortlich sein. Sie müsse die jeweilige Krise nicht fortschreiben wollen, sondern helfen – gerade in den Aufbaujahren lag der Gemeinschaft daran –, die Krisen zu meistern und zu heilen.

Ehlers, dessen Land Oldenburg gegen den Willen der Mehrheit seiner Bürger Teil Niedersachsens geworden war, widersprach 1951 energisch dem flammenden Plädoyer Carlo Schmid's für die Gründung eines Südweststaats im Namen des „Fortschritts“. Ehlers verwahrte sich „dagegen – ganz unabhängig davon, ob es sich hier um die Frage des Südweststaats handelt –, daß die wirtschaftlichen und sonstigen Leistungsfragen und Zweckmäßigkeitssichtspunkte vorangestellt werden“. Nach Art. 29 des GG sei ein Land der Bundesrepublik zuerst bestimmt durch landsmannschaftliche Verbundenheit, geschichtliche und kulturelle Zusammenhänge.<sup>21</sup> Ehlers betonte, dass das Gemeinschaftliche, die Kultur als Lebenshorizont eines Volkes auch innerhalb der Bundesrepublik zu begreifen sei.

„Unsere politische Verantwortung macht jede Sache zu unserer Sache“, erklärte der politische Mensch und menschliche Politiker Hermann Ehlers im Mai 1951 in Landau. Er warnte davor, die aktuelle Situation der parlamentarischen Demokratie zu verwechseln mit vergangenen monarchischen Gegebenheiten. „Thron und

---

<sup>20</sup> Sonntagsspiegel vom 13. April 1947.

<sup>21</sup> Stenographische Berichte der Verhandlungen des Bundestages 136. Sitzung, 19. April 1951, S. 5334.

Altar“, also fürstliche Landeskirchen, hätten die Verantwortung fern der Bürger okkupiert und so unter Bürgern, sprich: Untertanen, die Neigung aufkommen lassen, Verantwortung bequem abzuschieben.<sup>22</sup>

Grundsätzlichen Konflikte bestimmten die ersten Jahre des Bundestags. Mitkämpfer der „Bekennenden Kirche“ (BK) im „Dritten Reich“ bestritten im Namen der deutschen Einheit dem Weststaat das Existenzrecht, den sie durch Nichtbeteiligung an den Wahlen und distanziertes Verhalten boykottierten. Das zerbrach persönliche Beziehungen von damaligen Weggenossen mit Ehlers, der sich in der BK engagiert und nach deren Konzept die Kirchenordnung in Oldenburg gestaltet hatte. Ehlers, der moderne evangelische Politiker „bei allem Rat der Brüder“ in „gefährdetster ethischer Existenz“<sup>23</sup> allein vor Gott, musste sich den Weg in die parlamentarische Demokratie deshalb unberaten, allein bahnen. Durch den „Kompromiß als politische Tugend“<sup>24</sup> sollte der unversöhnliche Konflikt der Überzeugungen als Dialog umgestaltet werden. Nur so sei zu einem „echten Staatsbewußtsein“<sup>25</sup> im Weststaat zu kommen.

---

22 Der „Evangelische Kirchenbote, Sonntagsblatt für die Pfalz“ berichtete am 27. Mai 1951 von dem Referat Ehlers‘ auf dem Landmännertag in Landau.

23 Hermann Ehlers: „Zur ethischen Existenz des evangelischen Politikers der Gegenwart“, Stuttgart 1953, S. 19.

24 In der evangelischen Akademie Bad Boll sprach Ehlers am 9.11.1951 über den „Kompromiß als politische Tugend“.

25 „Zur ethischen Existenz ...“, S. 12.

## „Hermann Ehlers, werde hart“

Ehlers argumentierte in Abwehr der totalitären östlichen Staatsgebilde: „Wir haben nicht das Ideal, immer eine Meinung zu haben, und diejenigen Menschen, denen dieses Ideal vorschwebt, scheinen sich der Gefahren einer falschen Einstimmigkeit nicht bewußt zu sein.“<sup>26</sup> CDU und SPD sah Ehlers am 27. Juli 1953 dadurch unterschieden, dass in den letzten vier Jahren „die SPD fast immer geschlossen, die CDU fast niemals geschlossen abgestimmt hat“.<sup>27</sup> Dass der „Deutsche in Parteien denkt“, wie der SPD Abgeordnete Walter Menzel 1949 geschrieben hatte, war für Ehlers in einer parlamentarischen Demokratie unerwünscht und unvorstellbar. Am 10. Dezember 1952 forderte Paul Sethe in einem FAZ-Leitartikel: „Hermann Ehlers, werde hart!“ „Böswillige Störungsversuche von den hinteren Bänken aus“ wurden beklagt. „Die arbeitswillige und verantwortungsbewußte Mehrheit des Hauses müßte ihrem Präsidenten erweiterte Vollmachten geben. Die wild wuchernden Auswüchse müßten beschnitten werden.“ Ehlers antwortete in einer Rundfunkrede im Bayerischen Rundfunk.<sup>28</sup> Er erläuterte den „Lärm in der Volksvertretung“. Im Laufe einer fast 40-stündigen Plenardebatte gab es 95 Zwischenrufe bei der Rede des Kanzlers, 35 davon von den Kommunisten. Die bedauerliche Unfähigkeit, Zwischenrufe wie im britischen Parlament in sachlicher Form zu machen, „überwindet man nicht mit Ordnungsmaßnahmen, sondern mit einer stärkeren Eingewöhnung

---

<sup>26</sup> Stenographische Berichte der Verhandlungen des zweiten Bundestages 1. Sitzung, 6. Oktober 1953, S. 4.

<sup>27</sup> S. 20 im Manuskript der Ansprache Ehlers vom 27.7.1953 in Heidelberg „Entscheidung bei der Bundestagswahl“.

<sup>28</sup> Die FAZ druckte einen Teil der Rede vom 17. Dezember am 23. Dezember 1952 ab. Gesamter Text in „Um dem Vaterland zu dienen. Reden und Aufsätze Hermann Ehlers“, hgg. von Friedrich Schramm, Köln 1965, S. 11-17.

in die parlamentarischen Umgangsformen“. Ehlers wollte in der parlamentarischen Demokratie „leadership on the discussion plane“ ermöglichen, das A. F. Bentley in einer Analyse parteipolitischer Regierungsorganisation idealtypisch vom „leadership on organization plane“ unterschied.<sup>29</sup>

Anders als frühere Freunde aus der bekennenden Kirche akzeptierte Ehlers die freiheitliche Demokratie in der Bundesrepublik nüchtern als einzige mögliche Staatsform für Deutsche, für die Westdeutsche im Interesse aller Deutscher verantwortlich seien. „Wir wissen, daß es für 60 Millionen Deutsche niemals eine Freiheit gibt, wenn sie nicht für 50 Millionen sichergestellt ist.“<sup>30</sup> Feststellungen wie dieser Art kehrten in seinen Reden immer wieder.

Er nahm an allen Synoden der EKD und an den evangelischen Kirchentagen in Ost- und Westdeutschland teil. Traf man sich in Ostdeutschland, mied er informelle Gespräche mit ostzonalen Politikern in jeweiliger kirchlicher Funktion nicht, wohl aber offizielle Empfänge ebenso wie die offiziell vermittelten Unterkünfte. Der Präsident der Volksvertretung von 50 Millionen Deutschen wusste sich verantwortlich auch für die Millionen in Ostdeutschland, denen freie Wahlen unmöglich waren. Wenn der Bundestag über außenpolitische Verträge beriet, fragte Ehlers, welche Folgen die jeweils verhandelte Maßnahme für die Ostdeutschen haben werde. „Die Deutschen im Osten sind über den Ernst und die Bedrohlichkeit der Lage vielleicht besser im Bilde, als wir es manchmal sind, die in der Versuchung stehen, uns und ganz Deutschland schon wieder als viel zu gesichert anzusehen. Die

---

<sup>29</sup> A. F. Bentley: „The process of government“, Chicago 1908, S. 408, 419.

<sup>30</sup> Stenographische Berichte der Verhandlungen des zweiten Bundestages 47. Sitzung, 7. Oktober 1954, S. 2301.

inneren Kräfte unserer Brüder im Osten sind stärker als sie nach dieser Belastung noch sein könnten.“<sup>31</sup>

Ohne von seiner antibolschewistischen Überzeugung abzurücken oder die freiheitsichernde Westbindung der Bundesrepublik zu gefährden, wollte Ehlers die Angebote der Ostfunktionäre für gesamtdeutsche Wahlen als Propaganda entlarven, indem er darauf einging. Daher empfing der Bundestagspräsident am 19. September 1952 eine Delegation der Volkskammer, damit diese einen Brief an die Bundestagsabgeordneten überreichen konnte. Der kurze Empfang, bei dem Ehlers die Gesandten nur mit Namen anredete, diente mitnichten der östlichen Politik. Denn er enthüllte die Politik der östlichen Regierung als pseudoparlamentarische Propaganda. Ihr trat der Präsident des frei gewählten Bundestags auch im Namen der Ostdeutschen entgegen.<sup>32</sup>

## **Der „Kronprinz Adenauers“ über Hannover nach Bonn**

Durch den Empfang gegen den Willen Adenauers bewies Ehlers seinen eigenen politischen Kopf. Aus eigener Kraft, durch die Arbeit im Bundestag, durch hunderte von Artikeln und Reden war Ehlers nach Meinung vieler Beobachter zum „Kronprinzen Adenauers“ geworden. Einen Monat nach dem Empfang wählte der dritte Bundesparteitag der CDU in Berlin Ehlers zum Stellvertretenden Vorsitzenden (302 Stimmen) mit derselben Stimmenzahl

---

<sup>31</sup> Stenographische Berichte der Verhandlungen des zweiten Bundestages 47. Sitzung, 7. Oktober 1954, S. 2301ff.

<sup>32</sup> Andreas Meier: „Volkskammerdelegierte im deutschen Bundestag (1952): Faktischer und fiktiver Parlamentarismus im Konflikt“, ZParl 2/1999, S. 487-499.

wie Adenauer zum Vorsitzenden, Jakob Kaiser erhielt 281 Stimmen als weiterer Stellvertreter.

Hermann Ehlers hatte sich diesen hohen Respekt nicht zuletzt durch seinen engagierten Einsatz für die Verankerung der jungen Demokratie in der nachwachsenden Generation erworben. 1950 hatte Ehlers veranlasst, dass 10.000 DM in den Bundeshaushalt „zur Einführung von Jugendgruppen in die Arbeit des Parlaments“ aufgenommen werden, bis 1953 wurde die Summe auf 50.000 DM erhöht, 1954 auf 100.000 DM. Hermann Ehlers, der in Berlin Steglitz begeistertes Mitglied der Schülerbibelkreise gewesen war, wusste, man könne „nicht genug tun“ bei der Einführung von Jugendlichen in die Arbeit des Parlaments.<sup>33</sup>

Mit welcher Begeisterung Ehlers sich den Fragen der jugendlichen Besucher stellte und wie er Jugendliche begeistern konnte, berichtet der Berliner Historiker Heinrich August Winkler. Er war 1954 in die CDU eingetreten, weil ihn Hermann Ehlers faszinierte, den er beim Besuch des Bundestages kennen gelernt hatte.<sup>34</sup> In dieser Besucherarbeit entfaltete sich die argumentative, die missionarische Kraft des Parlamentariers, der „lieber in allgemeinen, politisch ‚neutralen‘ Kreisen als in Parteiversammlungen sprach“.<sup>35</sup>

Hermann Ehlers starb vier Wochen nach seinem fünfzigsten Geburtstag, am 29. Oktober 1954, weil er sich für den Bundestag überarbeitet hatte, und sein Herz die Belastung einer Halsoperation nicht aushielt. Theodor Heuss sagte in einer Gedenksendung

---

<sup>33</sup> Stenographische Berichte der Verhandlungen des zweiten Bundestages 24. Sitzung, 8. April 1954, S. 891.

<sup>34</sup> Vgl. „Der Spiegel“ Nr. 52/2002 stellt S. 40 den „Ratgeber für Politiker aller Parteien“ vor. CDU-Mitglied Winkler würdigte „Hermann Ehlers und die Jugend“ in „Deutsches Monatsblatt“ 2. Jg. Nr.10, 1955, S. 6.

<sup>35</sup> Theodor Heuss berichtete, dass Ehlers dies seiner Frau erzählt habe: „Trauerfeier ... 2. November 1954“, S. 2595.

des NWDR, „ein Stück deutscher Zukunft“ werde zu Grab getragen. Viele hatten in Hermann Ehlers einen möglichen Nachfolger Adenauers gesehen. Es sollte nicht so kommen.





# Hermann Ehlers und die Ökumene

*Julia Klöckner*

Welche Impulse gehen von Hermann Ehlers für die christliche Demokratie in ökumenischer Hinsicht heute noch aus? Ist die Ökumene im aktuellen politischen Geschäft noch von Belang und wenn nein, wie könnte sie es wieder werden?

Eine Antwort auf die Frage, ob die Ökumene im aktuellen politischen Geschäft noch von Belang sei, ergibt sich aus dem Verständnis des christlichen Glaubens. Da die Botschaft vom Heil durch Jesus Christus den ganzen Menschen in allen Lebensbezügen und Dimensionen betrifft, ist auch im politischen Bereich für den Christen die Frage nach den im Glauben Gebotenen ein entscheidender Maßstab. Immer häufiger wird der politisch Handelnde oder der politisch entscheidende Wähler vor die Gewissensfrage gestellt: Was gebietet mir in dieser oder jener Frage der christliche Glaube?

Das gilt nun aber nicht in der Weise, dass sich aus dem Glauben in allen Fragen folgerichtig eine ganz bestimmte Antwort ergäbe, vielmehr ruft der Glaube den Christen zur gewissenhaften Prüfung aller Sachargumente auf. Das kann durchaus dazu führen, dass Christen bei gleichem Ernst und gleicher Glaubensüberzeugung zu unterschiedlichen Entscheidungen kommen. Darin liegt nicht zuletzt die durch Christus geschenkte „Einheit eines Christenmenschen“ und begründet den Unterschied zu gesetzlich denkenden Glaubenslehrern und Ideologen.

Angesichts dieser Voraussetzungen ist das Gespräch zwischen Christen verschiedener Konfessionen heute besonders dringlich, zumal durch die gesamte geistige Entwicklung auch in unserem Volk zahlreiche Bürgerinnen und Bürger in ihren Entscheidungen

nicht mehr nur durch christliche Traditionen gelenkt werden. Es geht dabei zunächst nicht darum, Verbündete für die eigene Auffassung zu finden, sondern um die Klärung der Grundlagen der eigenen Ansicht und die Überprüfung im Gespräch mit dem Mitbürger, von dem ich weiß, dass ich mit ihm in den entscheidenden Glaubensfragen übereinstimme. Auch wenn der Dissens in dem zur Debatte stehenden Problem bleibt, so bleibt eine entscheidende Gemeinsamkeit erhalten, die jederzeit eine Wiederaufnahme des Gespräches ermöglicht und erleichtert.

Das Neben- und Miteinander der beiden großen christlichen Kirchen hat in Deutschland zu der Fähigkeit geführt, entscheidende Fragen in ernstem geistigem Ringen durchzuarbeiten. Die Katastrophe der Herrschaft des Nationalsozialismus darf nicht dazu verleiten, diese große Leistung der deutschen Geistesgeschichte zu verleugnen. Es gilt heute vielmehr, an diese Tradition einer Kultur des Gesprächs zwischen den Konfessionen anzuknüpfen. Bei aller Anerkennung der Bedeutung der französischen Revolution für Glaubensfreiheit und Toleranz sollte nicht vergessen werden, dass in Deutschland schon 1555 mit dem Augsburger Religionsfrieden und 1648 mit dem Westfälischen Frieden entscheidende Schritte hin zur Glaubensfreiheit getan wurden. Die Voraussetzungen für das ökumenische Gespräch sind also in Deutschland besonders günstig.

Was nun die Bedeutung von Hermann Ehlers für das ökumenische Gespräch betrifft, so ist ein Blick auf die politischen und kirchlichen Verhältnisse, wie sie in Deutschland nach 1945 herrschten, unerlässlich. Gerade weil Teile beider Kirchen sich dem Gedankengut des Nationalsozialismus geöffnet bzw. jedenfalls nicht Widerstand dagegen geleistet hatten, war 1945 die Überzeugung stark, dass nur die Besinnung auf die Grundlagen des christlichen Glaubens einen Neubeginn rechtfertigen konnte. Das gemeinsame Erleben der Verfolgung durch die Nazis führte

nun zu einem gemeinsamen politischen Handeln und wiederum zur Gründung der Union. Es wird damit deutlich, dass der Gedanke der Union von einem neuen Verständnis der Bedeutung des „C“ für das politische Handeln bestimmt war. Man konnte dabei anlehnen an Forderungen, die z. B. Konrad Adenauer als Präsident des Katholikentages schon 1922 in München formuliert hatte. Die Entscheidung für die Union nahm den Versuch an, an die politischen Parteien auf christlicher Grundlage der Weimarer Zeit anzuknüpfen – Zentrum auf katholischer, Christlicher Volksdienst auf evangelischer Seite. Die politische Wirkung: Beide Parteien konnten keine oder nur vorübergehende Wahlerfolge erringen.

Bei der Frage nach der Bedeutung des ökumenischen Gesprächs für die politische Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland muss nicht nur das Verhältnis zwischen Katholiken und Protestanten bedacht werden. Ökumene bedeutet zunächst und in erster Linie die weltweite Kirche. Die ökumenische Bewegung war in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg ohne Beteiligung der römisch-katholischen Kirche nur sehr mühsam in Gang gekommen, vor allem weil die Frage der Kriegsschuld die Kirchen der alliierten Länder und die evangelische Kirche trennte. Das Stuttgarter Schuldbekenntnis, das Vertreter der evangelischen Kirche in Deutschland vor Vertretern der außerdeutschen Kirchen im Herbst 1945 ablegten, eröffnete nun die Möglichkeit der Gemeinsamkeit der reformatorischen Kirchen über die Grenzen hinweg. Diese Gemeinsamkeit hat langsam, aber stetig auch auf die Regierungen der Westmächte eingewirkt, besonders in England und den USA. Wie stark die ökumenische Bewegung sich entwickelte, zeigte sich auf der Weltkirchenkonferenz im Sommer 1948 in Amsterdam, an der auch eine Delegation der deutschen evangelischen Kirche teilnahm, zu der Hermann Ehlers gehörte. Aus Sicht der Protestanten wirkten gerade in diesen Jahren einige Entscheidungen Roms der ökumenischen Bewegung massiv ent-

gegen: Rom nahm nicht an der Konferenz von Amsterdam teil und wurde auch nicht Mitglied der Ökumene, das Dogma von der leiblichen Aufnahme Mariens in den Himmel verletzte evangelische Glaubensüberzeugungen, und die Una-sancta-Bewegung, die einen „schöpferischen Frieden“ zwischen den Konfessionen stiften wollte, wurde strengeren Kontrollen unterworfen. Die Frage war, ob diese deutliche Unterstreichung bekenntnismäßiger Unterschiede die praktische politische Zusammenarbeit der Christen in der Union beeinträchtigen würde. Es zeigte sich aber sehr schnell, dass der Gedanke der Union stark genug war, um die Zusammenarbeit von Protestanten und Katholiken an diesen Fragen jedenfalls nicht scheitern zu lassen.

Als Oberkirchenrat der Oldenburger Kirche war Hermann Ehlers schon im August 1946 der CDU beigetreten und alsbald auch kommunalpolitisch tätig geworden. Die Zahl der führenden evangelischen Christen, die aus der bekennenden Kirche kamen und demzufolge die Erfahrung des Kampfes gegen den Nationalsozialismus mitbrachten, und die sich nun der Union anschlossen, war in der jüngsten Nachkriegszeit nicht gering. Gleichwohl hatten die katholischen Mitglieder der Unionsparteien ein starkes Übergewicht durch den Stamm der ehemaligen Angehörigen des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, während die Protestanten traditionell entweder den Sozialdemokraten, den Parteien der rechten Mitte oder der Rechten zugeneigt waren. Dazu kam das Gewicht der katholischen Laienorganisationen.

Nachdem Ehlers 1950 zum Bundestagspräsidenten und 1952 zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der CDU gewählt worden war, wurde er zum unbestrittenen Sprecher der Protestanten in der Union. Er wurde darin von Adenauer unterstützt, der auch 1952 die Gründung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU förderte. Die enge Verbindung zu Adenauer war möglich, obwohl Ehlers in der Frage des Verhältnisses zur DDR gegenüber dem

Kanzler durchaus eine selbständige Position vertrat und auch am freundschaftlichen Verhältnis zu den politischen Gegnern aus der evangelischen Kirche festhielt. Das gehörte wohl für beide zum Verständnis der Union und zu einer Zusammenarbeit im Geiste der Ökumene, hinderte Ehlers aber auch nicht, energisch für eine ausgewogene Repräsentanz beider Konfessionen in Staat und Partei einzutreten.

Wie schon erwähnt, hatte sich Hermann Ehlers, aus der Arbeit der Schüler-Bibelkreise kommend, im Kirchenkampf zur Zeit des Nationalsozialismus engagiert und gehörte zum Kopf der Bekennenden Kirche. Aus dieser Zeit stammte auch das freundschaftliche Verhältnis zu Martin Niemöller und Gustav Heinemann. Während Niemöller die Gründung der Bundesrepublik entscheidend ablehnte, weil er darin eine Verhinderung der deutschen Einheit und ein ausgesprochen katholisches Interesse sah, war Heinemann bereits der Union beigetreten und im 1. Kabinett Adenauers Innenminister geworden. Der Widerstand beider gegen die Politik Adenauers verschärfte sich und erhielt eine grundsätzliche, ja theologische Bedeutung, als der Kanzler im Zuge der Westbindung der Bundesrepublik auch eine Wiederaufrüstung betrieb. Dagegen wandten sich Niemöller und Heinemann zusammen mit Teilen der Bruderschaften aus der Bekennenden Kirche.

Man würde die Gruppe um Niemöller und Heinemann missverstehen, wenn man sie als Pazifisten bezeichnen wollte. Es ging ihnen um ein bußfertiges Verständnis des Wirkens Gottes in der Geschichte, insbesondere der Geschichte des deutschen Volkes. „Gott hat uns die Waffen aus der Hand geschlagen, und es ist nicht an uns, sie wieder zu ergreifen“, würde in etwa ihre Position umschreiben. Insbesondere Niemöller fürchtete, dass die von ihm als Machtpolitik verstandene Politik Adenauers das deutsche Volk hindern würde, seine Schuld zu begreifen und den Weg der Buße zu gehen.

Es liegt auf der Hand, dass diese Auffassung nicht nur der Einheit der evangelischen Kirche, sondern auch und insbesondere dem Gedanken der Union abträglich war. Mit Leidenschaft hat sich Ehlers in der Öffentlichkeit gegen zwei Folgerungen gewandt, die damals von den Gegnern der Unionsparteien aus der Position Heinemann-Niemöller gezogen wurden: dass nämlich die Politik Adenauers eindeutig katholisch geprägt und – wie die Wiederbewaffnung zeige – unbußfertig sei. Der auf seine Initiative gegründete Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU sollte die Auseinandersetzung mit dieser Position führen, aber gleichzeitig auch evangelische Positionen innerhalb der Unionsparteien verdeutlichen. Beides lag durchaus im Interesse des Unionsgedankens wie auch im Interesse des ökumenischen Gesprächs, denn jede Radikalisierung der Vergegenwärtigung der Heilspredigt Jesu birgt die Gefahr der Sektenbildung in sich, und von dieser Gefahr war die Position Neumöllers, der das natürlich nicht wollte, nicht frei.

Die Geschichte der Bundesrepublik hat gezeigt, dass der Gedanke der Union, also der Gedanke der Zusammenarbeit der Mitglieder verschiedener Konfessionen, sich immer wieder bewährt hat und fruchtbar wurde. Vielleicht liegt hierin eine Voraussetzung der Erfolge der deutschen Unionsparteien – auch im europäischen Vergleich. Und die Offenheit gegenüber der Ökumene mag von besonderer Bedeutung werden angesichts des Zusammenwachsens der Welt und der Herausforderung, die in der Begegnung mit anderen Religionen liegt. Das erfordert Offenheit gegenüber Anderem, vor allem aber Klarheit in den eigenen Positionen. Beides hat Hermann Ehlers vorgelebt.

## Die Autorinnen/Die Autoren

*Julia Klöckner*, Mitglied des Deutschen Bundestages

*Christine Lieberknecht*, Präsidentin des Landtags des Freistaates Thüringen, stellvertretende Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

*Dr. Andreas Meier*, Historiker und Theologe, Hermann-Ehlers-Biograf

*Thomas Rachel*, Mitglied des Deutschen Bundestages, Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

*Prälat Dr. Stephan Reimers*, Bevollmächtigter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union